

Deutsche Gemeinwirtschaft

Schriftenreihe

Herausgeber: Erich Schairer

Heft 15

Otto Neurath Vollsozialisierung



Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena

Deutsche Gemeinwirtschaft

Schriftenreihe. Herausgegeben von Erich Schairer

Heft 1: Wichard von Moellendorff, Von Einst zu Einst.

Der alte Fritz, J. G. Fichte, Freiherr von Stein, Friedrich List, Fürst Bismarck, P. de Lagarde über Deutsche Gemeinwirtschaft. br.M. 1.20

Heft 2: A.C.M. Rieck, Verschwendung im Handel.

br.M 1.20

Der Verfasser ist ein Hamburger Großkaufmann, Herausgeber einer Fachzeitschrift für den Schokolade- und Kakaohandel (des „Gordian“), der schon viele Jahrzehnte lang für eine gemeinwirtschaftliche Reform des Handels kämpft und trotz aller Anfeindung und Verfolgung gerade auch aus den Kreisen seines eigenen Berufs heraus stets mannhaft für das von ihm als richtig anerkannte Ziel eingetreten ist. Hier schreibt ein Kaufmann über den Handel, kein Theoretiker und Utopist!

Heft 3: Reinhold Planck, Vom Privatrecht zum Gemeinrecht.

br.M 1.20

Das Plancksche Staatsgebäude ruht auf der Idee des Berufsstaats, der gemeinsamen Arbeit aller Berufe am Aufbau des Ganzen, der Unterordnung und Einfügung jedes Einzelwirtschaftens in ein System der Gemeinwirtschaft.

Heft 4: Friedrich Wilhelm, Fürst zu Ysenburg und Büdingen, Zwangssyndikate, Monopole und Steuern. br.M 1.20

Der alte Fürst Ysenburg, Mitglied des ehemaligen preußischen Herrenhauses, ist im Gegensatz zu so vielen seiner Standesgenossen von der Notwendigkeit der zwangsmäßigen Zusammenfassung der Wirtschaftszweige im Rahmen eines einheitlichen Staatswirtschaftsplans überzeugt und stellt in dieser Schrift die Grundsätze für eine einheitliche Wirtschafts- und Steuerpolitik auf.

Heft 5: Erich Schairer, Rathenau-Brevier. br.M 1.20

Der Herausgeber der Sammlung gibt eine Blütenlese von etwa hundert der markantesten programmatischen Sätze aus den Schriften des Vaters der Gemeinwirtschaft Walther Rathenau.

Heft 6: Hans Paasch, Zinsablass. br.M 1.-

Hans Paasch, ein junger Ingenieur, empfiehlt einen originellen Weg, die enorme Verschuldung der deutschen Finanzwirtschaft durch ein System planmäßiger Tilgung zu beheben. Jeder Anspruch aus zinstragendem Kapitalbesitz soll zwangsweise amortisiert werden, indem jeder Anspruch als erloschen gilt, wenn der Rentenempfänger an Zinsen (Dividenden usw.) im Ganzen den dreifachen Betrag seines Kapitals erhalten hat. An Stelle des abbezahlten Gläubigers tritt dann die Allgemeinheit, in deren Eigentum automatisch alle ertraggebenden Sachgüter übergehen.

Otto Neurath

Wollsozialisierung

Von der nächsten und übernächsten Zukunft



Erstes bis viertes Tausend

Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1920

Inhalt

Geleitwort.....	6
I. Sozialisierung und Wirtschaftsplan	10
1. Zeichen der Zeit	10
2. Vollsozialisierung	11
3. Von der Unternutzung zur Vollnutzung.....	13
4. Von der Herrenwirtschaft zur Gemeinwirtschaft	14
5. Von der Verkehrswirtschaft zur Verwaltungswirtschaft	15
6. Vom Reingewinn zum Wirtschaftsplan	16
7. Von der Geldwirtschaft zur Naturalwirtschaft	17
8. Von der Herrenherrschaft zur Gemeinherrschaft	18
II. Die Organisation der sozialistischen Verwaltungswirtschaft	20
9. Die Grundlagen der Organisation.....	20
10. Das Zentralwirtschaftsamt	20
11. Die wirtschaftlichen Verbände	23
12. Die Nachweisstellen	24
13. Der Bankkonzern	25
14. Die wirtschaftlichen Räte.....	25
15. Die Sachverständigengruppen.....	27
III. Greisenalter oder wiedergefundenes Paradies?	29
16. Prophezeiung, Utopie und Geschichte	29
17. Wirtschaftsordnung und geschichtlicher Ablauf	31
18. Lebensform.....	31
19. Außenwirtschaft	33
20. Innenwirtschaft	33
21. Stufen der Sozialisierung	35
22. Wirtschaftliche Toleranz.....	36
23. Gefühlsmäßige Deutung.....	38
Tafel I	39
Tafel II	40
Tafel III	41
Tafel IV.....	42

Tafel V.....	43
Tafel VI.....	44
Tafel VII.....	45
Literaturübersicht.....	46

Redaktionelle Anmerkungen

Die Vorlage der Transkription:

Bayerische Staatsbibliothek – Münchener Digitalisierungszentrum, Digitale Bibliothek

Die Seitennummerierung in eckigen Klammern bezieht sich immer auf den vorherigen Text im Original.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung wurden beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten hingegen hat der Transkribist beibehalten.

Impressum:

© raetekommunismus.de

Joachim Keyser (Hrsg.)

c/o AutorenServices.de

Birkenallee 24

36037 Fulda

Für Korrekturen, Anregungen und Kommentare:

E-Mail: keyserjoachim et gmail.com

oder

info et raetekommunismus.de

© Obgleich die Kommunistische Linke im Allgemeinen keine Urheberrechte bzw.

„intellektuelle Eigentumsrechte“ für sich eingefordert hat, können einige

Veröffentlichungen auf dieser Webseite urheberrechtlich geschützt sein. In diesem Fall steht

ihr Gebrauch nur zum Zweck persönlichen Nachschlags frei. Ungeschütztes Material kann

für nicht-kommerzielle Zwecke frei und unentgeltlich verbreitet werden. Wir sind Ihnen

erkenntlich für Ihren Quellenhinweis und Benachrichtigung. Bei beabsichtigter

kommerzieller Nutzung bitten wir um Kontaktaufnahme.

(nach: <http://aaap.be/Pages/Frontpage.html#de>)

Geleitwort

Die traurige Wirrnis, die wir heute in Deutschland erleben, ist nicht zulegt die Folge mangelnder geistiger Klarheit. Das „Volk der Dichter und Denker“, das „Vorbild an Organisation“ entbehrt heute wirksamer Wirtschaftsprogramme. Dass die Anhänger der abgelebten Wirtschaftsordnung über keine verfügen, kann niemand weiter wundernehmen, aber auch den Neuerern fehlen sie.

Führende Sozialdemokraten haben die Forderung, man solle sich vom Zukunftsstaat ein geschlossenes Bild machen, so lange der Lächerlichkeit preisgegeben und in diesem ihrem Verhalten Wissenschaftlichkeit erblickt, bis sie in ihren Reiben mit wenigen Ausnahmen gesellschaftstechnische Konstruktionsfreude ertötet hatten.

In den letzten Jahrzehnten waren es daher überwiegend Männer, die keine Sozialdemokraten waren oder innerhalb der Sozialdemokratie keine führende Stellung einnehmen, welche die Grundzüge einer kommenden Wirtschaftsordnung entwarfen, sei es, um so die Zukunft nur vorauszusagen, sei es, um sie so auch mitzugestalten.

Wie die Entwicklung klar zu zeigen scheint, behalten jene recht, welche den Untergang der freien Verkehrswirtschaft und das Kommen einer Wirtschaft der Großorganisationen voraussagten. Will die Sozialdemokratie nicht die Führung verlieren, dann muss sie an eine Neugestaltung des Erfurter Programms schreiten, das die Entwicklung der Großbetriebe und die Verstaatlichung übermäßig betonte, die Planmäßigkeit der Zukunftswirtschaft und die sie tragenden Großorganisationen kaum berührte. Vielleicht wird das Programm der Sozialdemokratie, das jetzt geformt wird, mehr an das ältere von Marx und Engels anknüpfen, welches in den von ihnen geforderten Maßregeln, in dem „gemeinschaftlichen Plan“, in der „Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land“ auf die Umgestaltung des kapitalistischen Wesens hoffte, nicht nur wie das Erfurter Programm auf seine Ausgestaltung. Das Programm der Sozialdemokratie wird zu einem allgemeinen Gesellschaftsprogramm werden. Die Zeit ist um, da es sich so gut wie ausschließlich auf die Vereinigung der Fabrikarbeiter be- [1] schränken konnte. Sozialistische Wirtschaftsordnungen mannigfachster Art lassen sich erdenken, aber es geht darum, eine zu finden, die dem geschichtlichen Augenblick derart entspricht, dass sie bewusst verwirklicht werden kann.

Hoffentlich wird die neue Ordnung sich nicht nach einem Kampf zwischen den Fabrikarbeitern und den anderen Schichten der Bevölkerung durchsetzen. Dieser Kampf, der von vielen als Klassenkampf zwischen dem „Proletariat“ und der

„Bourgeoisie“ für unausweichlich gehalten wird, zerfleischt das wertttätige Volk und erzeugt vielfach Gegensätze, die ihn erst recht entflammen. Immer deutlicher wird es, dass die Führer der Fabrikarbeitschaft sich mit allen werden verbinden müssen, welche unter der überlieferten Wirtschaftsordnung gelitten haben, mit Handwerkern, Bauern, Lehrern, Beamten, Ärzten, Technikern, kurzum solchen, die eine schillernde Ausdrucksweise als „Bürger“ bezeichnete; der „Kapitalismus“ hat sich diese Abgrenzung zunutze gemacht und sucht diese „Nichtkapitalisten“, die zum Teil schwer unter dem „Kapitalismus“ leiden, gegen die Fabrikarbeiter auszuspielen, die er überdies zu spalten trachtet.

Solange die Sozialdemokratie das Ideal des Großbetriebs betont, hat sie Handwerker und Bauern gegen sich, die das Ideal der Großorganisation und des Wirtschaftsplans ohne weiteres annehmen können. Die nächste Zukunft liegt wohl nicht in der Richtung der allgemeinen Enteignung, sondern in der Beseitigung „kapitalistischer“ Vorrechte und in der Richtung allgemeiner Unterordnung unter den Willen der Gesamtheit, soweit der Hauptteil der Versorgung in Frage kommt. Entscheidende geschichtliche Umstände drängen dahin, es fragt sich nur, ob all das unter Jammer und Qualen oder in kluger Voraussicht heraufgeführt wird.

Den weitausgreifendsten Versuch einer Voraussage der Zukunftswirtschaft, die gleichzeitig die dumpfen Bestrebungen der Menschen zu klarem Wollen umformen will, bietet uns heute wohl Rathenau. Sein Gildentum, das in vielem mit dem theoretisch durchpflügten Pankartellismus Wilhelm Neuraths verwandt ist, trägt vor allem die Züge der industriellen Großorganisationen. Seine „neue Wirtschaft“ wird wohl dem ungestümen Drängen breiter Massen nicht ganz gerecht, vor allem aber – und da liegt ein grundsätzlicher Irrtum Rathenaus vor – glaubt sie mit Reingewinntendenzen und Geldrechnungen der Gilden, die gemeinwirtschaftlich gewendet werden, ohne einen Wirtschaftsplan, das Auslangen finden [2] zu können. Die Zeit, der wir entgegengehen, würde weniger leidenvoll sein und mehr den Stempel unseres Willens tragen, wenn die vorbildliche Art Rathenaus, Zukunftsbilder zu entwerfen, unter allen Richtungen würdige Vertreter fände.

Fehlt bei Rathenau der Wirtschaftsplan, den er durch seine Rohstoffverwaltung mit heraufführen half, so kommt den beiden Utopisten Ballod-Atlanticus und Popper-Lynkeus das durch nichts zu schmälernde Verdienst zu, Wirtschaftspläne entworfen und die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt zu haben. Im Übrigen vertreten ihre Programme wohl zu heftig die Großbetriebe, geben den Großorganisationen zu wenig Raum und nehmen überhaupt auf die Überlieferung zu wenig Rücksicht, um unmittelbar verwertbar zu sein.

Die Aktionsprogramme Kautskys und Anderer kranten daran, dass ihre Verfasser zu lange die gesellschaftstechnische Konstruktion verschmähten und nun blasse Bilder entwerfen, die weder die Forderungen einer folgerichtigen Theorie noch die drängenden Massen befriedigen.

Unmittelbarer praktischer Verwirklichung sollte das Sozialisierungsprogramm Kranold-Neurath-Schumann dienen, das dem Lager der Mehrheitssozialdemokratie entsprungen, auch in Kreisen der Unabhängigen gelegentlich Zustimmung gefunden hat. Es vermag in der oben angedeuteten Weise, Bauern und Handwerker durch ein Genossenschaftssystem, Techniker, Ärzte usw. durch Schaffung neuer Verbände der Zukunftswirtschaft einzugliedern. Durch die starke Betonung der Verteilung von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen, Arbeit und Mühsal nach gesellschaftlichen Grundsätzen wird es tiefempfundenen Bedürfnissen der Arbeiterschaft gerecht, die es vielfach mit großem Verständnis aufgenommen hat. Es fordert Großorganisationen, Zentralwirtschaftsämter und öffentliche Kontrolle von Produktion und Verbrauch durch die Gesamtheit der Arbeitenden auf Grund eines Wirtschaftsplanes; dabei arbeitet es der Naturalwirtschaft vor. Dies Programm gab Anlass zur Schaffung der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft und des bayerischen Zentralwirtschaftsamtes. In größerem Stil in Angriff genommen wurde bisher nur das Programm Otto Bauers, das in mehr als einer Richtung theoretische Vertiefung erfahren hat. Es entbehrt bisher des Wirtschaftsplanes und betont wohl zu sehr die Enteignung, kennt aber [3] die Großorganisationen als Träger der Verwaltungswirtschaft. Um die Schaffung einer Wirtschaftskontrolle durch höhere wirtschaftliche Räte wird wohl auch dieses Programm nicht herumkommen. Es ist dies gegenwärtig das einzige Programm, das innerhalb der deutschen Sozialdemokratie als Regierungsprogramm wirksam ist.

Inzwischen ist das Sozialisierungsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums erschienen. Wissell und Moellendorff, die früher freiere Formen der Wirtschaftsgestaltung anstrebten, stellen sich nun in voller Würdigung der Lage auf den Standpunkt der gebundenen Planwirtschaft. Sie kennen höhere wirtschaftliche Räte, räumen aber dem Unternehmertum immerhin mehr Raum ein, als der Augenblick gestattet. Dies Programm weist bereits naturalwirtschaftliche Züge auf, entbehrt aber noch des Wirtschaftsplanes. Sollte dieses Programm, das dem Rathenaus in vielem verwandt ist, verwirklicht werden, so wäre ein wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialisierung erreicht; es wird freilich noch wesentlicher Ergänzungen bedürfen, um von den Massen getragen zu werden.

Die Entwicklung dürfte alle diese auf planmäßige Gemeinwirtschaft gerichteten Bestrebungen zu einer einheitlichen Bewegung vereinigen, die vor allem auch durch die weltwirtschaftlichen Verhältnisse begünstigt werden dürfte.

Zweck der vorliegenden Veröffentlichung ist es vor allem, die Sozialisierungsbewegung geschichtlich einzugliedern, zu zeigen, dass sie wohl als Teil einer gewaltigen Umwälzung aufgefasst und dargestellt werden kann. Zum richtigen Verständnis dieser Erörterungen wurde in Schlagworten der durch die Umwälzung angebahnte Übergang von der alten zur neuen Ordnung charakterisiert und das Gebäude der sozialisierten Wirtschaft in Umrissen angedeutet. Über Einzelfragen der Sozialisierung unterrichtet in ausführlicher Weise

allgemeinverständlich: Neurath und Schumann: „Können wir heute sozialisieren?“
(Leipzig 1919.)

Von denen, die gedanklich auf diese Darstellung von Einfluss waren, seien genannt: Ballods-Atlanticus, Breysig, Erwin Hanslik, Kropotkin, Friedrich List, Eduard Meyer, Marx, Müller-Lyer, Wilhelm Neurath, Popper-Lynkeus, Rathenau, Ratzel, Schurtz, Oswald Spengler, Tönnies, Turnau-Fr. Oth. München, im Juli 1919 [4]

I. Sozialisierung und Wirtschaftsplan

1. Zeichen der Zeit

Von dem Tosen und Toben des Tages wollen wir anheben, aber auch des müden, breiten Stromes nicht vergessen, der weite Gefilde träge überflutet. Der Weltkrieg brach aus, getragen von Taumel und Täuschung! Mächtig wurden die Heerführer und ihre Parteigenossen, mächtig die Erzeuger von Kanonen, Schuhen und Konserven, mächtig die Kenner der Schliche und Kniffe, welche reichlichem Zwischengewinn dienlich waren. Das Volk aber blutete und hungerte – da kam der Zusammenbruch. Von innerer Einheit war in Deutschland keine Rede; zu tief war der Hass gegen die Herrschenden eingefressen, zu grotesk offenbarten sich Lüge und Leichtfertigkeit; was Weltkundige längst als Wesen unserer und fremder Politik erkannt hatten, lag nun bloß vor aller Augen.

Das schlechte Gewissen der Herrschenden überließ zunächst ohne wesentlichen Widerstand den Arbeiterführern die Staatsgewalt. Im Reich und in den Bundesstaaten kamen in gleicher Weise Männer zur Herrschaft, die zum Teil viel für den Sozialismus gelitten hatten, im Allgemeinen aber des Glaubens entbehrten, dass die Zeit reif sei, ihn zu verwirklichen. Aufgewachsen in Gewerkschaftsarbeit unter dem Einfluss des Streits um Einzelfragen des Marxismus waren sie nicht gewohnt, die Umrislinien eines Gesellschaftsgebäudes zu zeichnen. Nun schrie aber die Zeit nach einem gewaltigen Zukunftsbild, das den Menschen ein neues Gemeinsamkeitsgefühl, neue Pflichten bringen sollte.

Dumpfe Unzufriedenheit brach sich Bahn, Putsche und Streiks zerwühlten Deutschland. Wütende Arbeitermassen lechzten nach Befreiung aus der überkommenen Knechtschaft – niemand brachte Klarheit! Männer aller Richtungen sprachen von Ruhe und Ordnung und scheuten selbst vor Gewalt nicht zurück, um eine Bewegung zu bändigen, die nur geeigneter Kanäle und Dämme bedarf, um das Land der Zukunft zu befruchten. Es half nichts, den politischen Novembersieg zu preisen und zu verherrlichen, die Arbeiterschaft fühlte, dass die politischen Errungenschaften ein Gaukelspiel seien, wenn ihnen nicht die wirtschaftlichen folgten. [5]

Monate wurden Kommissionsberatungen gewidmet, die ohne entscheidendes praktisches Ergebnis endeten. Unter dem stärksten Druck der Massen entschloss sich die Reichsregierung zur „Vergesellschaftung hierzu reifer Wirtschaftszweige“. Der Kohlenbergbau und der Kalibergbau wurden den Arbeitern nach langem Feilschen geopfert, nun aber sollten sie Ruhe geben, denn „das ist Sozialismus“. Aber was sollte es ihnen viel helfen, wenn sie Staatskohle statt Privatkohle in ihre Öfen schoben? Was sollte es ihnen viel helfen, wenn das Getreide, das sie verzehrten, mit Staatskali statt

mit Privatkali gedüngt wurde? Sie forderten die Sozialisierung! Über das Wie sollten die Führer ihre Pläne entwickeln. Die knüpften meist an das Erfurter Programm an, dessen Radikalismus sie andererseits scheuten. Verstaatlichung wurde der Sozialisierung gleichgesetzt, die rein juristische Maßnahme der Enteignung in den Vordergrund geschoben, während die Gesamtorganisation, die das Erfurter Programm nicht weiter ausführte, im Dunkeln blieb.

Ist es ein Wunder, dass in so trüber Zeit matter Gleichnisrede Tür und Tor geöffnet wurde, „an Todkranken dürfe man nicht experimentieren; besiegte Volker brauchten Ruhe; erst müsse sich alles erholen – gemeint sind der freie Handel, das Unternehmertum und die anderen Errungenschaften der imperialistisch-liberalistischen Periode –, dann könne man sozialisieren“. Als ob nicht der Sozialismus die Erholung bringen, die Gesellschaft von den Erschütterungen der freien Verkehrswirtschaft befreien solle. Kriegsfreunde, die einen unübersehbaren Weltkrieg begonnen hatten, wagten nun, vor „Experimenten“ zu warnen. Sogar die nationale Note wurde angeschlagen und die elementare Umwälzung „fremden Hetzern“ vorgeworfen. Als ob eine leidende und enttäuschte Arbeiterschaft fremder Hetzer bedürfte, um sich zu empören.

Eine neue Lebensordnung kommt heran, unbewusst sogar von jenen heraufgeführt, welche ihr widerstreben und Verbände zur Abwehr der Verbandswirtschaft gründen! Die Massenbewegung erzwingt schrittweise, was wenige Denker schon früher erstrebten und verkündeten. Wir sehen, wie allmählich das Programm einer neuen Wirtschaftsordnung sich formt, der wir rascher zueilen, als viele glauben. Das Vertrauen zur Zukunft kann der ruhig Denkende nicht ausschließlich aus seiner Sehnsucht schöpfen, er will das Kommende als Ergebnis der Vergangenheit begrüßen, als ein Ergebnis, das der geschichtlichen Entwicklung eingegliedert von zahllosen Vorbereitungen und Bestrebungen getragen wird, er will sehen, dass es sich um eine von allen Seiten angekündigte Phase des Geschichtsverlaufs handelt. Erst wenn wir schauen, woher wir kommen und wohin wir gehen, vermögen wir die Zeichen der Zeit zu deuten, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen, die Tragweite einzelner Erscheinungen abzuschätzen. Eine solche mögliche Schau soll im Folgenden dargestellt werden.

2. Vollsozialisierung

Der Sozialismus naht und wir führen ihn herauf, wir „sozialisieren“. Von einer „Sozialisierung der Wirtschaftsordnung“ werden wir sprechen, von einer „Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige“ nur so weit, als diese Wirtschaftszweige einem sozialistischen Gesamtplan eingefügt werden. Jene Beschwichtigungswendung von der „Sozialisierung hierzu reifer Betriebe“, worunter Verstaatlichungen verstanden werden, mag uns fernbleiben. Wie viel an Sozialisierung hätte da nicht das zaristische Russland, das Rentnerland Frankreich geleistet! Weil eine Gesamtverstaatlichung die Verteilung aller Produkte dem Willen

des Volkes unterwerfen würde, glauben viele, die Teilverstaatlichung tut dies teilweise, während sie doch über das Schicksal des Produkts gar nichts entscheidet. Die schon einmal erwähnte Staatskohle, die einem „sozialisierten“ Betriebe entstammt, kann z. B. Villen heizen, kann Luxusindustrien im Gang erhalten und kann so den breiten Massen vorenthalten bleiben. Das Endprodukt sozialistisch zu erzeugen und zu verteilen, ist das Ziel der Sozialisierung.

Wir werden nie von „Sozialisierung“ sprechen, wenn ein Betrieb von seinen Arbeitern übernommen wird, wenn irgendein Unternehmer die Gewinnbeteiligung einführt oder ein Großgrundbesitzer sein Landgut zerschlägt, um Siedelungen zu ermöglichen. Denn was haben derlei Änderungen der Betriebs- und Eigentumsordnung mit einer sozialistischen Regelung der Produktion und des Verbrauchs zu tun? Sozialisierung geht immer aufs Ganze, sie ist, ob sie nun tief eingreift oder sich mit oberflächlichen Wandlungen begnügt, immer „Vollsozialisierung“. Wenn wir alle Betriebe kontrollieren und die Produktion nach Art des Hindenburgprogramms regeln, um die Produkte nach bestimmten Grundsätzen zu verteilen, dann haben wir ohne Enteignung der früheren Eigentümer weit mehr für den Sozialismus getan, als wenn wir etwa alle Unternehmer beseitigen, die Betriebsräte zu Herren der Unternehmen machen, im Übrigen aber die bisherige Produktionsordnung und den Markt belassen.

Was aber grundsätzlich für den Sozialismus wesentlicher ist, muss nicht in der gegenwärtigen Bewegung das bedeutsamere sein. Selbst die mächtigste Führerpersönlichkeit vermag nicht die treibenden Kräfte beliebig zu dosieren, sie vermag sie nur sinnvoll zu verknüpfen und der idealen Proportion anzupassen.

Heute sehen wir vor allem drei wuchtige Bewegungen, welche dem Sozialismus den Weg bereiten können; die eine fordert die Macht innerhalb der Betriebe, die andere hohe Löhne und billige Lebenshaltung, die dritte die politische Macht für das werktätige Volk, das keine Vorzugsrenten bezieht. Alle drei Bewegungen bedürfen einer gewissen Umformung, um die Vollsozialisierung fördern zu können. Die politische Macht müsste der zentralen Planwirtschaft dienen, die Betriebsräte müssten die Durchführung jener Sozialisierungsmaßnahmen kontrollieren, welche wirtschaftliche Räte höherer Ordnung mit weiterem Blick durchzuführen hätten, während die Lohn- und Preisforderungen zu einem umfassenden System ausgestaltet, die Verteilung des „Nationalproduktes“ nach sozialistischen Grundsätzen anzubahnen hätten. Sobald einmal diese heute voneinander unabhängigen Bewegungen durch ein Sozialisierungsprogramm eine höhere Weihe empfangen haben werden, wird ihnen hoffentlich auch größere theoretische Aufmerksamkeit als bisher im Rahmen eines Systems geschenkt werden. Nur durch Schaffung einer Theorie, das heißt einer alle Wirklichkeiten und praktischen Möglichkeiten umfassenden Lehre wird eine ruhige Entwicklung gewährleistet, die sich dann auf einen gemeinsamen Schatz geordneter Erfahrung zu stützen vermag. Je früher wir zu einer geschichtlich und gesellschaftstechnisch gefestigten Theorie der

Vollsozialisierung kommen, desto rascher wird die ungeordnete, in sich oft widerspruchsvolle gewalttätige Umsturzbewegung zielbewusster Gestaltung weichen. Die bisherigen Kämpfe, in denen gar oft Fabrikarbeiter gegen Fabrikarbeiter wüteten, in denen Bauern, Handwerker, Beamte, Lehrer, Ärzte, Studenten gegen sie gemeinsame Sache machten, sind nicht zuletzt ein Ergebnis ungenügender Einsicht in das Wesen der Sozialisierung. [8]

3. Von der Unternutzung zur Vollnutzung

Zwei Vorwürfe waren es vor allem, welche der überlieferten Wirtschaftsordnung von ihren Kritikern ins Gesicht geschleudert wurden: sie dulde Massenarmut neben Riesenreichtümern und kenne Krisen, Depressionen, Arbeitslosigkeit, Verschwendung an Kräften aller Art. Erstere Tatsache lässt sich unschwer aus den Machtverhältnissen ableiten; dass der Stärkere jene Form der Lebenslagenverteilung erzwingt, welche ihm viel Annehmlichkeiten ohne Arbeit sichert, während der Schwächere bei wenig Nahrung und Kleidung lange arbeiten muss, ist selbstverständlich. Es erschien aber Denkern verschiedenster Richtung wie ein sinnloser Traum, dass in der entwickelten geldlichen Verkehrswirtschaft die Unternehmer absichtlich oder unabsichtlich Arbeitslosigkeit erzeugten, Fabriken stilllegten, aus Gründen des Reingewinns der Vollnutzung entgegenarbeiteten. In der einfachsten Form trat diese Erscheinung z. B. in den holländischen Kolonien auf, wo Gewürzplantagen niedergebrannt wurden, um durch die höheren Preise, die auf einem schlechter beschickten Markt erzielt werden konnten, im ganzen mehr Reingewinn einzuheimen, als durch Absatz einer größeren Gewürzernte zu wesentlich niedrigeren Preisen; in weniger durchsichtiger Weise offenbarte sich diese Erscheinung, wenn in Krisenzeiten Arbeiter entlassen und Produktionen eingeschränkt wurden, obgleich doch wahrlich genug Produktionsaufgaben zu erfüllen waren.

Die überlieferte Wirtschaftsordnung erscheint unwirtschaftlicher, als eine sozialistische Wirtschaft, welche die Vollnutzung an die Stelle der Unternutzung setzen könnte. Aber die geringere Wirtschaftlichkeit der überlieferten Verkehrswirtschaft tritt uns auch sonst entgegen. Die freie Verkehrswirtschaft verschwendet Kräfte, die der Erzeugung von Verbrauchsgegenständen dienen könnten, um z. B. eine Überzahl von Verkaufsstellen offenzuhalten, in denen zahlreiche Personen nur ungenügend beschäftigt ihre Zeit verbringen. Eine Unmenge an Rohstoffen und Kräften dient der Reklame, von den Plakaten und Litfaßsäulen angefangen bis zu den Scharen der Geschäftsreisenden, die das Land überschwemmen.

In noch viel größerem Stil zeigt sich die Unternutzung in der überlieferten Wirtschaftsordnung dort, wo eine niemandem dienliche Mannigfaltigkeit Platz greift. Um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, werden immer wieder neue Formen oft wenig verwendbarer Waren auf den Markt geworfen, Taschenmesser, [9]

Handkoffer usw. in beängstigender Fülle. Die Unternehmer haben kein Interesse an Dauer und Haltbarkeit der Waren, sondern im Gegenteil am raschen Wechsel und an der Mode.

Das gilt aber nicht nur von den Gebrauchsartikeln des täglichen Lebens, das gilt auch von den Produktionsmitteln, wie Maschinen und Maschinenteilen. Eine Überzahl verschiedener Keile, Schrauben usw. steht in Verwendung, weil die miteinander konkurrierenden Firmen sich nicht auf die technisch nötige, weit geringere Anzahl von „Normen“ einigen können. Ebenso erklärt sich die Unzahl verschiedener Automobile und anderer Maschinen, die durch einige „Typen“ ersetzt werden könnten. Statt dass jede Fabrik wie bisher alle Arten Maschinen und Maschinenbestandteile in geringerer Anzahl erzeugt, weil so der Wettbewerb aufrecht erhalten wird, könnte durch Vergebung von Teilaufträgen jede Fabrik nur wenige Formen, aber in großer Menge erzeugen. Eine solche „Spezialisierung“ würde Kraftersparnis in größtem Stil bedeuten. Alle solche technischen Vereinheitlichungen sind in einer planmäßigen sozialistischen Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit. Sie kennt keine Rücksichtnahme auf den Reingewinn einzelner Unternehmer, sondern ausschließlich die Rücksichtnahme auf das Gemeininteresse. Der Sozialismus bedeutet Steigerung der Wirtschaftlichkeit, er bedeutet Veredlung und Rationalisierung des Produktionsvorganges. An die Maschinenteknik haben sich bereits am Ende des 19. Jahrhunderts die Arbeits- und Betriebstechnik gefügt, die als Taylorsystem allgemeiner bekannt ist; ihr gliedert sich nun die Gesellschaftstechnik an, welche die Volkswirtschaft wie einen riesigen Betrieb auffasst und wirtschaftlicher zu gestalten sucht. Während bisher der Reingewinn der Unternehmer Verbesserungen des Arbeitsvorganges bedingte, sind in der sozialistischen Gesellschaft die Produktionsleistung, aber ebenso auch Gesundheit und Behagen des Arbeiters ausschlaggebend.

4. Von der Herrenwirtschaft zur Gemeinwirtschaft

Wenn wir die Vollnutzung der Wirtschaft erreicht haben, dann ist noch lange nicht der Sozialismus verwirklicht. Auch ein Staatswesen, das die Sklaverei kennt, kann Vollnutzung aufweisen. Ja, wir wissen aus der Geschichte, dass zwischen Krisenfreiheit und Sklaverei geradezu ein Zusammenhang besteht, da der Sklavenbesitzer nicht wie der freie Unternehmer jederzeit Sklaven „entlassen“ kann. [10]

In der überlieferten Wirtschaftsordnung sind Glück und Unglück, die „Lebensstimmung“, regellos verteilt. Wenn wir diese Verteilung – die „Wirtschaftsplastik“ – überschauen, so bemerken wir, dass jene Familien andauernd über wesentliche Voraussetzungen einer erfreulichen Lebensstimmung – über günstige „Lebenslagen“ – verfügen, welche es verstanden haben, an gewaltigen Betrieben indirekte Rechte als Geldgeber zu erwerben. Wer z. B. Aktien einer großen Bank besitzt, kann meist ruhig sein Leben genießen, seinen Enkeln ist ein angenehmes

Dasein gesichert, während die Enkel großer Philosophen, Künstler, Gelehrter, Techniker keines solchen Vorzugs sich erfreuen. Geschickte Handhabung des Geldapparates, sei es auch nur in Form des Börsenspiels, sichert im allgemeinen die günstigste Lebenslage, während die großen Massen der Hand- und Kopfarbeiter in unzulänglichen Wohnungen ein durch Krankheiten und Mühsal gekürztes Dasein verbringen. Die Geldleute und alle jene, welche als Unternehmer der Geldmacherei sich befleißigen, sowie deren Direktoren und Helfer sind die bevorzugten Nutznießer der Volkswirtschaft.

Der Sozialismus will die Bevorzugung einer Gruppe, die Herrenwirtschaft beseitigen und eine Gemeinwirtschaft einführen, welche alles, was zur „Lebenslage“ zählt - Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung, Vergnügungen, Arbeitszeit und Mühsal als wichtigste Voraussetzungen der Lebensstimmung nicht nach ererbten oder erworbenen Eigentumsvorrechten, sondern nach allgemeinen Grundsätzen verteilen, die auf Leistung, Alter, Gesundheit, Geschlecht usw. der Einzelnen Rücksicht nehmen. Jedem wird im sozialistischen Gemeinwesen ein Mindestmaß an Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügung gesichert, wenn er das von jedem geforderte Mindestmaß an Arbeit leistet, wobei Abstufungen aller Art vorzusehen sind. Außer dieser Mindestmenge wäre ein Mehr als Prämie in Aussicht zu nehmen, die in Form von Anweisungen auf Wohnung, Nahrung, Kleidung usw. zur Auszahlung kommt, wenn der Einzelne die Arbeitsleistung steigert oder auf die Gesundheit und das Behagen der Umgebung achtet (Gesundheitsprämien, Behagensprämien).

Wenn die Wirtschaftsverhältnisse sich verbessern, können Mindestmengen und Prämien erhöht, die Arbeitszeiten verringert werden. Dabei kann eine große Mannigfaltigkeit der Lebenslagen Berücksichtigung finden. Es kann kleineren Sondergruppen, worauf [11] wir später noch zurückgreifen, die Selbstversorgung zugestanden werden, wenn sie nur ihren Beitrag für die allgemeinen gesellschaftlichen Notwendigkeiten, insbesondere auch für die zukünftige Produktion leisten.

5. Von der Verkehrswirtschaft zur Verwaltungswirtschaft

Die freie Verkehrswirtschaft war eine grundsätzlich planlose Wirtschaft. Einzelne wirtschaftende Personen strebten nach möglichst großem Gewinn, der auf dem „Markte“ erzielt wurde. Dies Zusammenstoßen miteinander wetteifernder Käufer und Verkäufer, unter denen die Führer der Produktion, die Unternehmer und Banken ausschlaggebend waren, sollte allen zusammen die günstigste Versorgung zu den günstigsten Bedingungen sichern.

Die Kritik hat gezeigt, dass die Wirtschaft des freien Wettbewerbs, die Verkehrswirtschaft, wie sie sich entwickelte, weder der Wirtschaftlichkeit noch der sozialistischen Wirtschaftsplastik diene. Die überlieferte Wirtschaftsordnung

unterjochte durch den freien Wettbewerb immer weitere Kreise und sicherte nicht einmal allen die einfachsten Lebensnotwendigkeiten; sie ließ in Deutschland ein entsetzliches Wohnungselend bestehen, obgleich doch eine Überfülle an produktiven Kräften zu Gebote stand. Die Planlosigkeit der freien Verkehrswirtschaft, welche dem zersplitterten Vorgeben der einzelnen Unternehmer entspringt, sucht der Sozialismus durch eine planmäßige Verwaltungswirtschaft zu ersetzen, durch eine Wirtschaftsordnung, in der Zentralstellen die Gesamtwirtschaft überschauen, um dann mit zu entscheiden, wie gearbeitet und erzeugt, wie verbraucht werden soll.

Die Sozialisierung will eine sozialistische Verwaltungswirtschaft heraufführen; an sich sind allerdings auch andere Verwaltungswirtschaften denkbar, so z. B. trustartige und kartellartige, welche durchaus herrenwirtschaftlich wirken, zwar die Unwirtschaftlichkeit beseitigen, aber einer bevorzugten Menschengruppe ein Mehr an Einkommen sichern.

6. Vom Reingewinn zum Wirtschaftsplan

In der freien Verkehrswirtschaft entschied der einzelne Unternehmer darüber, welche Produktion in Angriff zu nehmen sei, nach der Höhe des erzielbaren Reingewinns. Wie wird die sozialisierte Wirtschaft ihre Entscheidung treffen? [12]

Viele glauben, dass in der Gemeinwirtschaft der Zukunft zwar planmäßig durch den Staat oder Verbände gewirtschaftet werde, dass aber auch dann noch „Reingewinne“, die freilich nicht einer Herrenklasse zufließen würden, die Grundlagen für die Entscheidung abgeben müssten, ob etwa ein Kanal gebaut oder die Gesamtheit des verfügbaren Wohnraums vermehrt werden solle. Dies ist ein grundsätzlicher Irrtum.

Wir müssen uns darüber restlos klar werden, dass in jeder Verwaltungswirtschaft – auch in einer nichtsozialistischen – dem Reingewinn, selbst wenn er bestehen bleibt, keine regulierende Aufgabe mehr zufallen kann. In der freien Verkehrswirtschaft bildete sich der Reingewinn in gewissem Sinne automatisch auf dem Markte, man konnte sein Handeln nach ihm richten, wobei wir es dahingestellt sein lassen, ob dies der Wirtschaftlichkeit dienlich war. In einer Verwaltungswirtschaft wird über die Produktion und Verteilung, über Löhne und Preise, über die gesamte Wirtschaftsplastik durch die Gesamtheit entschieden, sei es, dass der Staat, sei es, dass Verbände der einzelnen Berufs- und Produktionszweige oder Verbände der Produzenten, Arbeiter und Konsumenten die Träger dieser Entscheidung sind. Wir können uns sehr wohl denken, dass diese entscheidenden Stellen Geldsummen und dadurch auch „Reingewinne“ vereinbaren, aber diese Reingewinne bringen dann nur die Verteilung der Verhandlungsmacht zum Ausdruck, sind Ergebnis der Verhandlungen und können nicht einmal den Anschein erwecken, Anzeiger der Wirtschaftlichkeit zu sein. Was soll daraus zu ersehen sein, wenn die miteinander verhandelnden Verbände z. B. hohe Löhne der Kohlenarbeiter, niedrige Kohlenpreise

und hierdurch einen niedrigen Reingewinn der Kohlenproduktion, überdies aber niedrige Löhne der Landarbeiter, hohe Lebensmittelpreise und hierdurch einen hohen Reingewinn der Agrarproduktion beschließen? Diese „Reingewinne“ sind gewissermaßen mittelbar bewilligte Unternehmereinkommen. Es kann nun in einer Verwaltungswirtschaft beschlossen werden, dass die Kohlenproduktion trotz ihres niedrigen Reingewinns auszudehnen, die Agrarproduktion trotz ihres hohen Reingewinns einzuschränken sei, es kann beschlossen werden, dass die Reingewinne anders zu verteilen seien, dass etwa der Verband mit höherem Reingewinn dem mit niederem Reingewinne Zuschüsse zu leisten habe und ähnliches mehr.

Was legen bereits bei solchen Entscheidungen die verwaltungs- [13] wirtschaftlichen Stellen ihrem Entschluss zugrunde? Offenbar nicht Erwägungen über den Reingewinn, den sie schaffen und abändern, sondern Erwägungen über die Wirkungen der Kohlen- und Agrarproduktion. Die Verwaltungswirtschaft fragt, welche Produktion und Verteilung in den verschiedenen möglichen Fällen eintritt und welche dieser Gruppierungen den angestrebten herrenwirtschaftlichen oder gemeinwirtschaftlichen Zielen am besten entspricht, sie legt ihren Entschlüssen einen Wirtschaftsplan zugrunde. Der Wirtschaftsplan ersetzt als Anzeiger der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltungswirtschaft den Reingewinn. Man kann auch Wirtschaftspläne von Verkehrswirtschaften entwerfen, sie üben aber innerhalb der Verkehrswirtschaft keinen Einfluss auf den Willen der Wirtschaftenden aus.

7. Von der Geldwirtschaft zur Naturalwirtschaft

Die sozialistische Verwaltungswirtschaft beseitigt aber nicht nur den Reingewinn, sie beseitigt letzten Endes auch die Geldwirtschaft. In der überlieferten Verkehrswirtschaft war das Geld nicht nur Anweisung auf Waren aller Art, es war auch Grundlage aller Produktionsmaßnahmen. In Geld wurden Gewinne und Gewinnerwartungen bemessen, in Geld Produktionsmittel und Einkommen. Was soll das Geld im Wirtschaftsplan für eine Rolle spielen, der unmittelbar, nicht auf dem Umweg über Tauschakte und Anweisungen, das Gemeinglück bestimmt? Wie soll eine Verbesserung der Wohnungen in Geld angelegt werden, wie die aufgewendete Arbeitsmühe?

Manche werden vor einer solchen Wandlung zurückschrecken, fürchten, ins Bodenlose zu fallen. Und doch haben wir schon bisher Entscheidungen darüber, ob eine Schule oder ein Krankenhaus aus öffentlichen Mitteln zu errichten sei, nicht auf Grund einer Reingewinnbetrachtung gefällt, sondern auf Grund unmittelbarer Beurteilung der Wirkungen dieser Maßnahmen auf Volksgesundheit und Volksbildung. In Zukunft wird man eben den Anbau von Feldern auch in Hinblick auf die Volksernährung beschließen, wie man bisher die Errichtung von Schulen in Hinblick auf die Volksbildung beschlossen hat.

Wenn nicht mehr Geldsummen, sondern die Dinge selbst den Entscheidungen zugrunde gelegt werden, dann können wir nicht von Geldwirtschaft sprechen, sondern nur von Naturalwirtschaft. Es [14] macht für diese Charakterisierung nichts aus, ob das Geld als Anweisung auf Waren verwendet wird, oder ob Warenanweisungen an seine Stelle treten, die unmittelbar zum Bezug von Verbrauchsartikeln berechtigen, ob das Geld als Recheneinheit auf irgendeine Weise noch erhalten bleibt; eine solche „Geldrechnung“ kann neben der „Naturalrechnung“ des Wirtschaftsplanes bestehen bleiben. Wir sprechen dann zweckmäßig von einer Naturalwirtschaft mit Geldrechnung.

8. Von der Herrenherrschaft zur Gemeinherrschaft

Sozialisieren heißt, eine planmäßige Verwaltungswirtschaft nicht nur für, sondern auch durch die Gesellschaft heraufführen. An sich wäre es denkbar, dass eine Gemeinwirtschaft durch einen Despoten oder durch ein selbstherrliches Beamtentum verwirklicht wird, aber der volle Sozialismus strebt die unmittelbare Herrschaft des Volkes über die Wirtschaft nicht nur als ein Mittel an, um die sozialistische Wirtschaftsplastik zu verwirklichen, sondern auch als Selbstzweck im Interesse wahrer Menschenwürde.

Die Herrenherrschaft wurde in der letzten Periode vor allem durch die Vormacht des Unternehmertums, gewisser höfischer und adeliger Kreise sowie des Großgrundbesitzertums aufrechterhalten. Eine wichtige Stütze bildeten alle nichtkapitalistischen Kreise, welche durch Ehrenrechte und Bildung bevorzugt waren, die Offiziere, Beamten, Ärzte, Lehrer usw. Sie haben überlieferungsmäßig vor allem gewisse Bildungsmöglichkeiten ausgenutzt, welche bisher den Fabrikarbeitern und Bauernsöhnen praktisch kaum zugänglich waren. Die verstädterte Intelligenz übte durch Parlament und Bureaucratie die Herrschaft aus, welche früher einmal ausschließlich dem Adel und dem Großgrundbesitz zukam. Der Sozialismus sucht nun alle diese Privilegien zu brechen, er sucht allen Mitgliedern der Gesellschaft die Machtausübung zu ermöglichen und insbesondere die Bildungsmöglichkeiten allen ausschließlich auf Grund von Eignungsprüfungen zugänglich zu machen.

Das Wesen der Gemeinherrschaft ist darin zu sehen, dass überall der irgendwie geformte gemeinsame Wille zum Ausdruck kommt. Es ist nicht wesentlich, dass jeder Gesellschaftsteil über sich verfügen kann, ja dies kann oft die Auflösung der Gesellschaft mit sich bringen. [15]

Mit der Gemeinwirtschaft ist es vereinbar, dass Einzelpersonen Betriebe leiten, falls sie sich dem Wirtschaftsplan unterwerfen, hingegen wird das Erbrecht allmählich der Gemeinwirtschaft zum Opfer fallen, Betriebsleiter werden späterhin nur nach Fähigkeit bestimmt werden. Am längsten wird sich wohl das Erbrecht auf dem Gebiet des bäuerlichen Besitzes erhalten, wo es mit der sozialistischen Planwirtschaft am leichtesten zu vereinigen ist. Es fragt sich, ob sich nicht Formen des

Erbrechtes finden lassen, welche die Vorteile der Familienkontinuität gewähren, ohne Vorrechte im kapitalistischen Sinne zu schaffen.

Auf Grund der hier gezeichneten Umrisslinien einer möglichen, ja sehr wahrscheinlichen Wirtschaftsordnung der Zukunft lassen sich verschiedene Programme entwerfen. [16]

II. Die Organisation der sozialistischen Verwaltungswirtschaft

9. Die Grundlagen der Organisation

Wir wissen nun, worauf die Sozialisierung abzielt – auf Vollnutzung und Gemeinwirtschaft. Wir wissen nun, wie das erreicht werden soll – durch den Wirtschaftsplan einer Verwaltungswirtschaft, die letzten Endes in einer Gemeinherrschaft die Naturalwirtschaft verwirklicht. Wie könnte eine solche sozialistische Verwaltungswirtschaft organisiert werden? (vgl. Tafel I).

Die Durchführung der fachlichen und verwaltenden Arbeiten wird wohl auf lange hinaus ein Amt leiten müssen, das für ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet als Zentralwirtschaftsamt errichtet werden möge. Mehrere solcher Zentralwirtschaftsämters können Wirtschaftsämtern höherer Ordnung unterstellt werden.

Die Organisation der gesamten Produktion erfolgt wohl im gegenwärtigen Zeitpunkte am besten in Verbänden.

Die statistische Übersicht müssten besondere Nachweisstellen beschaffen.

Insbesondere für die Zeit des Übergangs wird ein Bankkonzern mit besonderen Banken für Sonderzwecke in Frage kommen. Der Kontrolle und Beeinflussung der Wirtschaft durch alle Arbeitenden dienen die wirtschaftlichen Räte.

Ihnen und den Produktionsverbänden stehen Sachverständigengruppen zur Seite.

10. Das Zentralwirtschaftsamt

Das Zentralwirtschaftsamt muss endlich die Einheit schaffen, die unserer Wirtschaft fehlte. Durch das Zentralwirtschaftsamt muss eine Wirtschaftszentrale für alle wirtschaftenden Stellen und Ressorts gebildet werden, die über die verschiedenen Ministerien und sonstigen Behörden und Vereinigungen zerstreut sind.

Im Zentralwirtschaftsamt muss vor allem der Wirtschaftsplan entworfen werden, der ebenso eine Forderung unserer Zeit werden wird, wie der Finanzplan eine Forderung des ausgehenden 18. Jahrhunderts war. Damals wurde das Geheimnis der Finanzwirt- [17] [Tafel I Anhang] schaft, das Monarchengeheimnis gebrochen, jetzt soll das Geheimnis der Volkswirtschaft, das Unternehmergeheimnis gebrochen werden. Die Naturalrechnungszentrale wird eine „Universalstatistik“ zu entwerfen haben, welche die Grundlagen der Wirtschaft in ihren Zusammenhängen erfasst und ihre Bedeutung für die Lebenslagen zeigt, so wird z. B. eine Rohstoffstatistik

entstehen müssen, welche die Wege und Schicksale der einzelnen Rohstoffe verfolgt (vgl. Tafel II Anhang).

Die vorstehende Tabelle kann etwa für Metalle Verwendung finden. Sie müsste je nach Bedarf neue Rubriken erhalten. Sie setzt voraus, dass z. B. unsere Einfuhr- und Ausfuhrstatistiken die Rohstoffdaten aufnehmen, wie sie während des Krieges häufig festgestellt wurden. Es genügt nicht, zu wissen, welche Maschinenformen eingeführt und ausgeführt werden, es ist wichtig, wenigstens annähernd zu wissen, welche Rohstoffe in ihnen enthalten sind, wieviel Kupfer, Aluminium, Eisen usw. In den Rubriken „Verwandlung“ treffen wir z. B. die Verarbeitung von Kupfererz in Rohkupfer, aber auch die Entstehung von Abfällen.

Der Schätzung wird dabei ein breiter Raum überlassen werden, wie denn die schätzende Statistik (Konjunkturalstatistik) schon durch die Kriegswirtschaft zu Ehren gekommen ist. Die Wahrscheinlichkeit großer Irrtümer wird dadurch verringert, dass die einzelnen Ziffern einander stützen.

Eine andere Gruppe von Statistiken wird die Wege der Rohstoffe und Energien zu beschreiben haben. Jeder Produktionszweig wird für sich erfasst werden (vgl. Tabelle III Anhang).

Man kann große Gruppen, wie Industrie, Landwirtschaft, Bergbau usw. bilden, man kann in den Unterteilungen weiter gehen, entscheidend ist, dass die Ausgänge und Eingänge übereinstimmen, damit die Universalstatistik, die auch Maschinen, Tiere, Grundstücke usw. umfasst, als riesiges Gebäude errichtet werden kann.

Jetzt werden die zahllosen Einzelstatistiken erst Sinn und Bedeutung erhalten, die bisher von verschiedenen Stellen verfasst, untereinander der Beziehung entbehrten. Nicht einmal die Tabellenköpfe waren bisher aufeinander abgestimmt. Die Versuche, die Warentransporte nach Mengen und Wegen statistisch – womöglich graphisch – zu erfassen, werden nun mit Produktionsstatistiken verbunden, die teils als „Wurzelstöcke“ zeigen, aus welchen Rohstoffen bestimmte Dinge mengenmäßig entstehen, teils als „Stammbäume“, welche Dinge aus bestimmten Rohstoffen hergeleitet werden. Der Wirtschaftsplan gipfelt aber in der „Lebens- [20] lagentopographie“, die uns zeigt, wie die Lebenslagen (gebildet aus Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung, Vergnügung, Arbeit, Mühsal usw.) nach Typen zusammengefasst verteilt sind. Die Berechnung, wieviel Fleisch, Brot, Wohnraum auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, gibt ein gänzlich unzureichendes Bild. Auch die statistische Aufteilung des Wohnraums, des Brotverbrauchs, des Fleischverbrauchs auf die verschiedenen Menschengruppen für sich nützt wenig, da es darauf ankommt, festzustellen, ob schlechte Wohnverhältnisse durch gute Ernährung kompensiert oder durch schlechte Ernährung verschärft werden. Die Naturalrechnungszentrale wird – wozu ältere Versuche vorliegen – „Lebenslagentypen“ abgrenzen und nun zeigen,

wieviel Menschen auf die einzelnen Typen jährlich entfallen, wenn der eine Wirtschaftsplan wieviel, wenn der andere verwirklicht wird (vgl. Tabelle IV Anhang).

Die Abgrenzung solcher Lebenslagentypen wird die nächsten Jahre aufs intensivste beschäftigen, da das nunmehr sich befreiende Volk Rechenschaft fordern wird. Die Lebenslagen werden den voraussichtlichen Lebenslauf, also Sterblichkeit, Erkrankungswahrscheinlichkeit usw., zu berücksichtigen haben. Es wird wesentlich sein, welchen Schwankungen der Lebenshaltung die Einzelnen erfahrungsgemäß unterworfen sind. Mit reinen Zahlenangaben wird [21] das Auslangen nicht zu finden sein, Beschreibungen werden ergänzend hinzutreten müssen.

So wird die Naturalrechnungszentrale zeigen, wie die Lebensmittel, Wohnung, Kleidung, Vergnügungen und Bildung, wie Arbeit und Mühsal unter die Menschen verteilt werden. Auf dieser Einsicht wird die Gemeinwirtschaft der Zukunft ruhen, für welche der Wirtschaftsplan als Plan der Lebenslagenverteilung grundlegend ist.

Dient die Naturalrechnungszentrale dem Wirtschaftsplan und einer sozialistischen Wirtschaftsplastik durch Entwerfen einer entsprechenden Lebenslagenverteilung, so dient die Rationalisierungszentrale jeder bewussten Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Steigerung von Leistung, Gesundheit und Behagen aller Arbeitenden. Hier werden z. B. die Akkordlöhne in ihren Wirkungen auf Produktion und Arbeiter überprüft, damit sie nicht, wie in der kapitalistischen Wirtschaft, als Mordlöhne wirken, sondern als Schutz der fleißigen gegen die faulen Arbeiteten dienen, und die Leistung steigern helfen.

Die Organisationszentrale des Zentralwirtschaftsamtes hilft die Landesverbände und den Bankkonzern mit allen kleineren Organisationen ins Leben rufen und in Bewegung erhalten. Sie wird auch die zentralen Verhandlungen zu führen haben, welche die neuen Gesamtverknüpfungen vorbereiten. Die Lohnkämpfe der überlieferten Wirtschaftsordnung gehen ihrem Ende entgegen. Es wird sich in kurzer Zeit nicht mehr darum handeln, wie besser organisierte Arbeiter den anderen zuvorkommend in Tarifverträgen günstigere Arbeitsbedingungen erzwingen; gar bald werden die Arbeiterverbände untereinander über die Lohnsätze und Arbeitsbedingungen sich einigen, da ja letzten Endes die besser bezahlten Arbeiter von den schlechter bezahlten erhalten werden. Das Ergebnis wird ein Generallohnsystem sein, in welchem nach Gefahr, Risiko, Annehmlichkeit und Anstrengung der Arbeit, nach Örtlichkeiten und Arbeitsweise, Alter des Arbeitenden usw. alle Löhne und Gehälter, einschließlich jener für Direktoren und Unternehmer, festgelegt werden. Ebenso wie ein Generallohnsystem wird ein Generalpreissystem entstehen, da die Werktätigen von vornherein wissen wollen, was ihr Geldlohn, in Naturalien ausgedrückt, bedeutet. Die Verknüpfung des Generallohnsystems mit dem Generalpreissystem bedeutet einen großen Schritt zur Organisation der Natural-[22]versorgung. Neben vielen anderen zentralen Aufgaben der Innenwirtschaft wird die Organisationszentrale auch dafür zu sorgen haben, dass Ausfuhr und Einfuhr

dem Allgemeininteresse entsprechen, was in immer steigendem Maße durch Verträge über aus- und einzuführende Mengen – durch Kompensationsverträge – geschieht.

Neben der Organisationszentrale muss eine Kontrollzentrale wirksam sein, welche dem ganzen Volk die Möglichkeit gibt, zu kontrollieren, wie weit die Geld-, Rohstoff- und Energieverwendung den allgemeinen Grundsätzen entspricht, welche von der gesetzgebenden Gewalt oder von anderen Stellen festgesetzt wurden.

11. Die wirtschaftlichen Verbände

Die Lehre, dass wir zu immer umfassenderen Organisationen übergeben, bewahrt sich schlechthin, die Lehre, dass der Kleinbetrieb immer mehr durch den Großbetrieb verdrängt werde, bewährt sich nicht in gleicher Weise. Wir sehen sogar starke kulturelle Kräfte am Werke, welche den Großbetrieben entgegenwirken und die vom Kommunistischen Manifest verkündete Vereinigung des Betriebes von Ackerbau und Industrie, sowie die Beseitigung des Unterschiedes von Stadt und Land anstreben, die im Erfurter Programm keine Rolle spielen.

Der Wirtschaftsplan nötigt zu einer Zusammenfassung der Wirtschaft. Es muss dabei keine Zentralisation der Willensbildung Platz greifen, wie sie viele Sozialdemokraten anstreben, es genügt, wenn eine Zentralstelle dafür sorgt, dass die selbständigen Willensbildungen der verschiedenen wirtschaftenden Gruppen einem Plane eingefügt werden und gewisse Abänderungen im Interesse des Gesamtplanes Platz greifen. Es kann z. B. eine Handwerkergenossenschaft ruhig neben einer Industrievereinigung fortbestehen, es wird nur von jedem Einzelhandwerker verlangt werden müssen, dass er einem Verbands angehört, welcher für die Durchführung des Wirtschaftsplanes sorgt und z. B. kontrolliert, ob die Handwerkergenossenschaft die aus zugewiesenen Rohstoffen erzeugten Fertigerzeugnisse im Rahmen ihrer Selbstverwaltungstätigkeit allen Volksgenossen plangemäß zuführt.

Während Handwerkerorganisationen, Bauernorganisationen usw. aus gesellschaftstechnischen Gründen unabweisbar sind, ist die [23] Frage, wie weit Großbetriebe die Kleinbetriebe ersetzen sollen, nicht so dringend und mehr von produktionstechnischer Bedeutung. Die sozialistische Verwaltungswirtschaft kann grundsätzlich beim Bestehen von Kleinbetrieben verwirklicht werden, dagegen ist sie an das Vorhandensein von Großorganisationen gebunden.

Vieles würde dafür sprechen, die vorhandenen Organisationen auszugestalten und derart zu ergänzen, dass wir ein geschlossenes System von Produktionsvereinigungen mannigfachster Art erhalten, die auf Landesverbände aufgeteilt erhebliche Selbstverwaltungsrechte erhalten würden. Im Interesse der Lebenslagenbeschaffung wären in jedem Landesverband möglichst alle Stufen der Produktion zu vereinigen. So müsste der Landesverband für Bauswesen die Erzeugung der Baumaterialien, die Terrainverwaltung, die Bauerstellung und die

Wohnungsverteilung vereinigen. Es müsste einen Landesverband für Gesundheitswesen, einen für Kunst und Vergnügungen, einen Landesverband für Lebensmittelwesen, für Bekleidungswesen geben.

In jedem dieser Landesverbände wären Staatsbetriebe, Industrieorganisationen, Handwerker-genossenschaften usw. zweckentsprechend zusammenzufassen, wobei die überkommenen Funktionäre so weit als möglich, weiter zu verwenden wären, soll nicht ein plötzlicher Wechsel zahllose Unfähige an die Stelle wohl vorbereiteter Fachleute setzen. Die gemeinwirtschaftliche Orientierung muss durch die sozialistische Machtorganisation gesichert werden, sowie dadurch, dass genügend viele gemeinwirtschaftliche Kontrollorgane das ganze Gebäude der Verbände durchsetzen und allmählich für Menschen der neuen Ordnung gesorgt wird.

Auf dem Lande werden Bauerngenossenschaften ausschlaggebend sein; in ihnen müsste den Knechten und Landarbeitern ein entsprechender Einfluss gesichert sein. Der Großgrundbesitz müsste entweder gesondert organisiert und gemeinwirtschaftlich kontrolliert oder aber von den Bauerngenossenschaften beaufsichtigt werden. Die hier angedeuteten Landesverbände mit ihren Genossenschaften und Vereinigungen als Selbstverwaltungskörpern können grundsätzlich die vorhandenen Kartelle, Genossenschaftsverbände usw. aufsaugen und sich der Handelskammern als territorialer Wirtschaftsstellen im Rahmen der neuen Gemeinwirtschaft bedienen. Damit freilich der „kapitalistischen“ Überlieferung entsprechend entgegengewirkt wird, müsste wirtschaftlichen Räten eine gewisse Mit- [24] arbeit gesichert werden, welche das Gemeininteresse in der nächsten Zeit am zuverlässigsten vertreten werden.

Da das Wesen der Vollsozialisierung in der Verwirklichung des Wirtschaftsplanes durch die Zentralstelle einer Großorganisation, nicht aber in bestimmter Formung der Kleinorganisationen erblickt wird, können neben den erwähnten Gestaltungen auch noch ganz andere auftreten. Es könnten z. B. Sondersiedlungen mit eigener Wirtschaftsverfassung ihren Platz finden, die Landwirtschaft und Gewerbevereinigung neuen Gemeinschaftsbildungen vorarbeiten wollen.

12. Die Nachweisstellen

Die Vollsozialisierung, d. h. die Vollherrschaft des Volkes über die Wirtschaft macht den Wirtschaftsplan und damit eine Ausgestaltung der Statistik zum unbedingten Erfordernis. Alle Stellen, die statistische Erhebungen vornehmen, Behörden, Kartelle, Gewerkschaften, Versicherungsgesellschaften usw. müssten verpflichtet werden, vor der Durchführung der Erhebungen das Zentralwirtschaftsamt zu verständigen, das in Verbindung mit dem statistischen Zentralamt, dem die Oberleitung über alle statistischen Aufnahmen zu übertragen wäre, für die Einfügung der Einzelstatistik in die Universalstatistik Sorge zu tragen hätte.

Während die Lebenslagenstatistik einer besonderen Bearbeitung bedarf, wäre die Produktions- und Rohstoffstatistik einheitlich organisierten „Nachweisstellen“ zu übertragen, welche den Landesverbänden angegliedert, im engsten Einvernehmen mit dem statistischen Zentralamt zu wirken hätten. Sie wären statistische Zwischenämter dieser neuen Selbstverwaltungskörper.

13. Der Bankkonzern

Da das hier entwickelte Sozialisierungsprogramm die überlieferten Organisationen und Funktionäre verwenden will, wird es auch den Banken bedeutsame Aufgaben übertragen. Es kommt weniger darauf an, die Banken zu „sozialisieren“, worunter viele eine Beschlagnahme der Guthaben und ähnliches verstehen wollen, als vielmehr darauf, die Banken zu Werkzeugen der Vollsozialisierung zu machen.

Die Banken können die Kontrolle der Geld- und Kreditbewegung [25] im öffentlichen Interesse übernehmen, welche eine notwendige Voraussetzung der Sozialisierung ist. Sie wird vor allem von einer allgemeinen Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und eines allgemeinen Depotzwange für Wertpapiere auszugeben haben. Dazu kommen aber noch große organisatorische Aufgaben im Rahmen der Sozialisierung, sei es, dass die Schaffung von Verbänden, sei es, dass die Zusammenlegung von Betrieben oder die Umstellung von Produktionen notwendig wird. Ebenso wäre es eine Aufgabe der Banken, den zwischenstaatlichen Warenaustausch (Kompensationsverkehr) entsprechend in die Hand zu nehmen. Die Projekte für Sozialisierungs- und Kompensationsbanken, die bereits von anderer Seite ausgearbeitet wurden, können hier nicht näher erörtert werden.

Jedenfalls aber ergibt sich aus dem Gesagten die Notwendigkeit, für jedes Wirtschaftsgebiet einen führenden Bankkonzern zu schaffen, innerhalb dessen die Sozialisierungs- und die Kompensationsbank besondere Bedeutung erlangen dürften. Je mehr die dingliche Wirtschaftsführung die geldliche ersetzt, umso mehr werden die Banken die Verteilung von Produktionsmitteln, statt der Verteilung von Krediten, pflegen, umso mehr werden sie der Sachbewegung unmittelbar dienen und der sich entwickelnden Großvorratswirtschaft eingefügt werden.

14. Die wirtschaftlichen Räte

Von größter Bedeutung für die Kontrolle aller Sozialisierungsmaßnahmen sind die wirtschaftlichen Räte. Zu einer Bürokratie haben die Arbeiter kein Vertrauen. Dem Zeitgeist entspricht es, dass Arbeiter aus den Betrieben, ebenso Werktätige aus allen Berufen, wirkend auftreten, wodurch aber die Bürokratie nicht ersetzt werden kann!

Die bisherige Rätebewegung hat den Betriebsräten eine übergroße Bedeutung zugemessen, während für die Sozialisierung nicht die Macht der Arbeiter innerhalb der Fabrik, sondern innerhalb der Volkswirtschaft entscheidend ist. Wirtschaftliche Räte höherer Ordnung, die nicht die Kirchturmspolitik eines einzelnen Betriebes verfolgen, sind die berufenen Träger der Sozialisierungskontrolle. Das Wesentliche für den Rätegedanken ist, dass die Berufsvertreter Berufsgenossen und dass sie rückberufbar sein müssen. [26]

Die oft gehörte Behauptung, das Räteprinzip sei von entscheidender Bedeutung, weil es die Vertretung der Unternehmer ausschalte, offenbart sofort ihre Unstichhaltigkeit, wenn wir uns klar machen, dass ein verschwindender Prozentsatz von Vertretern durch die „Betriebsleitersparte“ entsendet würde, in welcher die führenden Unternehmer ihren Platz erhalten könnten. Um dieser ziffernmäßig belanglosen „Betriebsleitersparte“ willen, die neben der „Angestelltenpartei“ und den anderen Sparten zu errichten wäre, setzen sich bekanntlich die Anhänger des politischen Rätegedankens dem Vorwurf aus, sie seien Gegner der Demokratie, wodurch sogar viele Fabrikarbeiter veranlasst wurden, sich antisozialistisch gesinnten Kreisen anzuschließen.

Man wirft auch den wirtschaftlichen Räten, die mit der politischen Räteorganisation nichts zu tun haben, vor, sie seien undemokratisch, während die von Unternehmenseite als erstes Zugeständnis gewährten „Paritätischen Vertretungen“ auf wirtschaftlichem Gebiet wahrlich nicht demokratischer Natur sind. Wir wollen aber festhalten, dass eine wirksame Proletariatsvertretung durch völlig demokratisch gewählte Räte möglich ist. Die indirekte Wahl der höheren Räte kann, wenn alle Reste durch geeignete Wahlmaßnahmen Vertreter erhalten, durchaus den Anforderungen des Proportionalitätsprinzips entsprechen.

Die Arbeiter, welche in Betrieben sind, wählen Betriebsräte. Sind die Betriebe sehr klein, so wählen mehrere Betriebe gemeinsam einen Betriebsrat (vgl. Tafel V Anhang). Die Betriebsräte derselben Branche eines Gebietes wählen einen örtlichen Fachrat von etwa 20 Mitgliedern (z. B. Fachrat der Metallindustrie Berlins). In diese Fachräte wählen auch die nicht in Betrieben tätigen Berufsgenossen. In Berufen, die überhaupt keine Betriebe kennen, gibt es nur Fachräte, die unmittelbar von den Berufsangehörigen gewählt werden. Aus diesen Sachräten gehen durch Wahl die Landesfachräte hervor, die im Großen und Ganzen wie die Landesverbände zu gliedern sind, deren Kontrolle ihnen obliegt. Wo es nötig ist, können zwischen die Landesfachräte Kreisfachräte eingeschaltet werden.

Diese Räteorganisation hat für die Wirtschaftsdisziplin Sorge zu tragen. Nur sie sichert in unruhigen Zeiten, wie den gegenwärtigen, den Zusammenhalt der Wirtschaft und verhindert deren Zerfall durch Übergriffe der zur Dezentralisation neigenden Betriebsräte. Wenn nicht alle Werkstätigen unmittelbar die Verant- [27] wortung für die Wirtschaft tragen, ist dem Streik- und Putschwesen Tür und Tor

geöffnet, das dem durchgeführten Sozialismus zuwider ist, würde doch der Streik in der sozialistischen Wirtschaft die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe begünstigen. Vertreter der Landesfachräte aller Branchen würden eine Gruppe des Arbeiter- und Bauernkontrollrates beim Zentralwirtschaftsamt bilden. Eine zweite Gruppe würden weitere Arbeiter und Arbeiterinnen bilden, die vom Arbeitsplatz weg auf einige Zeit dorthin entsendet werden, um dem Geist der Erstarrung entgegenzuwirken, der auch in der Räteorganisation allmählich Platz greifen würde. Eine dritte Gruppe würde Vertreter der Gewerkschaften, der Genossenschaften usw. umfassen, kurz aller Vereinigungen nichtkapitalistischer Art. In einer vierten Gruppe wären die Behörden und andere öffentliche Stellen vertreten.

Wie weit die kontrollierende, wie weit die leitende Gewalt der wirtschaftlichen Räte geht, ist zum Teil eine Machtfrage. Den [28] Landesfachräten könnten gesellschaftstechnisch leitende Aufgaben ohne weiteres zufallen, auch den örtlichen Fachräten, welche sehr erheblich der Sozialisierung in Stadt und Land dienen werden, wenn örtliche Verbände zu schaffen sind, die z. B. die Auftragsverteilung oder die Zusammenlegung von Betrieben vorbereiten. Die Betriebsräte werden auf dem Gebiete der Sozialisierung vor allem zu kontrollieren haben, da Betriebsräte als Betriebsleiter gesellschaftstechnisch bedenklich sind. Als Betriebsleiter kommen meist nur Einzelpersonen in Frage, die den höheren Räten verantwortlich sein mögen. In den ersten Zeiten werden das wohl die bisherigen Direktoren und Unternehmer sein, aber auch später von der Gesamtheit beauftragte Einzelpersonen, die nicht von ihren Betriebsräten abhängig sind.

Die Fachräte können zweckmäßigerweise organisatorisch mit den Gewerkschaften verknüpft werden, welche allmählich ihre alten Funktionen einbüßen und nun auf dem Gebiete der Sozialisierung neue erlangen können. Wie sie etwa zu Zwangsgewerkschaften, die alle Arbeitenden umfassen, ausgebaut werden könnten, bleibe hier unerörtert.

15. Die Sachverständigengruppen

Die sozialistische Verwaltungswirtschaft wird den Sachverständigen aller Art, vor allem den Technikern, den Ärzten, den Volkswirtschaftlern neue Wirkungskreise eröffnen. Dadurch, dass die Rationalisierung der Wirtschaft grundsätzlich ohne Rücksicht auf den Reingewinn in Angriff genommen wird, wird eine ungeahnte Nachfrage nach Psychologen, Physiologen, Maschinen-, Betriebs- und Gesellschaftstechnikern einsetzen, welche in zielbewusster Weise auf das Gesellschaftsgebäude verteilt werden müssen.

Ein zweiter Umstand fördert ebenfalls die Sachverständigenmacht, das ist das Misstrauen, das wir nun in die Marktorganisation haben. Wir glauben nicht mehr daran, dass durch Angebot und Nachfrage die gute Ware siegt, die schlechte unterliegt. Der einzelne Käufer ist eben nicht sachverständig, lässt sich durch

Aufmachung, durch Reklame täuschen. Bis er Möbel als unbrauchbar erkennt, vergehen Jahre, er kann seine Erkenntnis auch nur ungenügend wirken lassen. Diese Schwäche der Verbraucher dem Markt gegenüber führte in den letzten Jahrzehnten zur Schaffung von öffentlichen und privaten Warenprüfungsstellen, denen vielfach das Recht verliehen wurde, Fälschungen und Schädlichkeiten zu verbieten, was nach Ansicht der Anhänger des freien Wettbewerbs ein Übergriff des Staates ist. Solche Warensachverständige, welche über Eignung der Waren öffentlich urteilen, die Berater der Käufer dürften in allernächster Zeit führend werden.

Schließlich wird die wachsende Macht des werttätigen Volkes Sachverständige als Ergänzung benötigen, was in Russland deutlich zutage tritt, wo man ihnen hohe Gehälter auszahlt, um sich ihrer Mitwirkung zu versichern.

Den wirtschaftlichen Räten werden die Sachverständigen bei der Kontrolle der Betriebe und Verbände zur Seite stehen, sie werden überall die Sozialisierung und Nationalisierung zu fördern haben. Für jeden Wirtschaftszweig (Bauwesen, Ernährungswesen, Bekleidungswesen, Bergbauwesen usw.) werden fünf Sachverständigengruppen erforderlich sein. Sachverständige der kommerziellen Gruppe werden die Buchführung kontrollieren, aber auch die kommerzielle Neuorganisation fördern, eine zweite Gruppe wird Arbeitsfragen zu lösen haben, seien es nun z. B. Fragen der Arbeiterernährung oder der Arbeitspsychologie. Neben einer maschinentechnischen und betriebstechnischen Gruppe (Taylorsystem!) müsste eine fünfte die Zusammenhänge umfassender Art, etwa zwischen verschiedenen Produktionen, Verkehr und Ausfuhr pflegen. Wie weit die Sachverständigengruppen regelmäßig, wie weit auf Anruf einzugreifen hätten, braucht hier nicht erörtert zu werden. [30]

III. Greisenalter oder wiedergefundenes Paradies?

16. Prophezeiung, Utopie und Geschichte

Etwas anderes ist es, mögliche Lebensordnungen (Utopien) erdenken, etwas anderes, ihren Eintritt voraussagen. Gehen wir daran, eine Lebensordnung vorauszusagen, dann muss eine solche allgemein bekannt werdende Voraussage selbst als wirkende Ursache in Rechnung gestellt werden, sei es als hemmende, sei es als fördernde.

Wird das Zukunftsbild, das wir entwerfen, Ursache seiner eigenen Verwirklichung, dann sprechen wir mit Recht von einer bewussten Gestaltung der Lebensordnung. Sie tritt in keiner Weise mit den Anschauungen über geschichtliche Notwendigkeit in Widerspruch, wenn wir uns klar machen, dass dies Entwerfen von Zukunftsbildern ebenso geschichtlich bedingt ist, wie die Bereitwilligkeit der Massen, sich von ihnen beeinflussen zu lassen. Der Gesellschaftstechniker, welcher daran geht, getragen von allen mitwirkenden Umständen eine Wirtschaftsordnung einzuführen, muss deshalb nicht weniger auf dem Boden einer streng durchdachten Anschauung über die Notwendigkeit des geschichtlichen Ablaufs stehen, als der Quietist, der abwartet, wie sich die Zukunft aus zahllosen unbewussten Einzelbewegungen „von selbst“ entwickelt.

Es hat lange gebraucht, bis wir Gesellschaftsordnungen nicht mehr als Gegebenheiten hinnahmen. Die ersten Utopisten haben durch Lock- und Schreckbilder, durch Gesellschaftsdichtungen romanhafter Art einer Gemüts- und Willensverfassung vorgearbeitet, die ganz bewusst das Leben gestalten will.

Die freie Verkehrswirtschaft wurde bereits unter Mitwirkung weitausschauender Denker geboren. Zielbewusst wurde die überlieferte Ordnung mit ihren Geboten und Verboten beseitigt und der freie Wettbewerb verwirklicht. Es wäre verfehlt zu sagen, dass die Manchesterlehre vom freien Wettbewerb, die Lehre vom Geschehen- und Gewährenlassen die Ursache der Umwälzung war, ebenso verfehlt aber auch, zu sagen, dass die Umwälzung, die auf allen Gebieten ohnedies im Gange war, Ursache dieser Lehren gewesen ist. Wir müssen vielmehr diese Lehren mit anderen Umständen [31] den als Ursache des Gesamtablaufs bezeichnen, wie denn überhaupt sich endlich die Anschauung durchsetzen sollte, dass die Fülle der Erscheinungen (Maßnahmen, Einrichtungen, Wünsche, Gedanken, Vorstellungen, Naturereignisse usw.) eines Zeitpunktes die Ursache der Fülle der Erscheinungen des nächsten ist. Wir müssen es vermeiden, den einen Teil dieser Erscheinungen als Ursache eines anderen Teils anzusehen, die Produktionsvorgänge etwa als Ursachen der religiösen, sittlichen oder politischen. Wohl aber kann die Bedeutsamkeit dieser Ursachen verschieden hoch eingeschätzt werden, ebenso die Möglichkeit, sie abzuändern. Alle diese

Betrachtungen über die Tragweite der einzelnen Ursachen im System der Ursachen gehen davon aus, dass man sich mehrere Möglichkeiten des geschichtlichen Ablaufs vorstellt. Wer das nicht wagt, kann offensichtlich über die Bedeutung einzelner Erscheinungen nichts aussagen. Dies wird freilich im Allgemeinen nicht klar erkannt. Man glaubt streng wissenschaftlich Wirtschaftsgeschichte treiben und ursächliche Zusammenhänge aufweisen zu können, ohne auch die Möglichkeiten utopistisch erwägen zu müssen, man glaubt in der geschichtlichen und konstruktiven Erforschung des Wirklichen Wissenschaftler zu sein, während die Voraussage zukünftiger wirtschaftlicher Möglichkeiten dem Wissenschaftler nicht zukomme. Und doch muss der, welcher die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung von 1800-1850 nachweist, das heißt eine andere Art des Ablaufs als unmöglich erkennt, im Rahmen des Erkennbaren auch die Möglichkeiten der Zukunft überschauen. Wer freilich die Klitterung vergangener Abläufe, die nicht deren Notwendigkeit nachweist, sondern sich mit der Beschreibung des Nacheinanders und einigen Randglossen begnügt, als Geschichte bezeichnet, mag der Utopie und Prophezeiung verständnislos, ja ablehnend gegenüberstehen. Echte Wissenschaftlichkeit, echter Rationalismus des Schauens wird sich immer wieder um sie bemühen und sie aus dem Stadium der Dichtung und des tastenden Versuchs in das Stadium der Methodik überführen wollen, echter Rationalismus der Tat wird der Gesellschaftstechnik all dies dienstbar machen und das Handeln der Erkenntnis verbinden. Wenn nicht alles trügt, können wir heute voraussagen, dass diese Art des Voraussagens dem nächsten Zeitalter eignen wird.

Wirtschaftsordnungen können wir nur dann als geschichtliche Notwendigkeiten der Vergangenheit oder Zukunft aufzeigen, wenn [32] wir über ein System möglicher Wirtschaftsordnungen verfügen, die miteinander in mannigfachster Richtung verglichen werden können. Die überlieferte Wirtschaftstheorie hat die Schaffung eines solchen Systems völlig vernachlässigt, ihr Gegenstand war die Verkehrs- und Tauschwirtschaft, deren Analyse als „die“, nicht als eine Theorie der Wirtschaft galt. Dazu kam noch, dass das Begriffsgebäude fast ausschließlich geldwirtschaftlichen Betrachtungen angepasst war; oft wurde durch Rücksicht auf das Geld die Struktur des Begriffs bestimmt, das Geld selbst aber nachträglich weggelassen. Begriffe wie „Kapital“, „Güter“, „Volksvermögen“, „Volkseinkommen“, „Produktionsfaktoren“ zählen hierher. Sie werden aus der Wissenschaft verschwinden, sobald die Verwaltungswirtschaft neben der Verkehrswirtschaft, die Naturalwirtschaft neben der Geldwirtschaft behandelt wird. Wir geben gleichzeitig mit der Umgestaltung der Wirtschaftsordnung einer Umgestaltung des wirtschaftswissenschaftlichen Begriffsgebäudes entgegen. Ein grundsätzlicher Fortschritt wird darin bestehen, dass nicht eine einseitige Begriffswelt durch eine andere abgelöst wird, sondern darin, dass grundsätzlich die verschiedensten Wirtschaftsordnungen gleichzeitig gedanklich bewältigt werden können. Wenn wir über die Erscheinungen des Tages hinaus andere theoretisch zu würdigen wissen, dann werden wir auf dem Gebiete des Willens die Gesellschaftstechnik und zusammen damit auf dem Gebiete der Erkenntnis

Prophezeiung, Utopie und Geschichte fördern. Das Zeitalter des Historismus ist zu Ende, das Zeitalter des Utopismus beginnt.

17. Wirtschaftsordnung und geschichtlicher Ablauf

Es ist hier nicht der Platz, ein System möglicher Wirtschaftsordnungen im Rahmen bestimmter Voraussetzungen zu entwickeln, es sei ausschließlich von der geschichtlichen Aufeinanderfolge die Rede, die sie unmittelbar der Anschauung darbietet. Der wechselnde Aufbau der Gesellschaftsordnung als Grundlage der Wirtschaftsordnung gibt uns Veranlassung, Abschnitte, vor allem für unsere und die antike Entwicklung, andeutend abzugrenzen.

Es soll nicht eine strenge Gliederung, sondern ausschließlich eine Andeutung der Richtlinien gegeben werden, die sich bisher bei der Voraussage der Kriegswirtschaftsformen und der jetzigen Wirtschaftstendenzen bewährt haben (vgl. Tafel VI Anhang). [33] [34]

Zwei verschiedene Fälle geschichtlicher Abläufe wollen wir von vornherein ins Auge fassen: Entstehung immer neuer Formen durch Ausgestaltung eines bestimmten Merkmals; Auftreten bereits überwundener Formen in neuer Gestalt. Wir müssen uns davor hüten, irgendeine Zukunftsmöglichkeit deshalb für unwahrscheinlich zu halten, weil sie Erscheinungen aufweist, die wir aus einer fernen Vergangenheit kennen.

Wir wollen ganz roh vier Phasen nach der jeweils hervorstechendsten Art der Gruppenbildung unterscheiden, die wie es scheint in mehr als einem Gebiet der Erde wenigstens in gewissen Abschnitten durchlaufen wurden. Da es sich nur um eine Übersicht in erster Linie für unsere Entwicklung handelt, welche uns aus dem Chaos der Erfahrung retten soll, genügen einige tastende Hinweise.

18. Lebensform

Das Gemeinschaftswesen, auf Tradition und Sitte aufgebaut, lässt allmählich Autorität in sich entstehen. Vor allem ist es in Sippe und Familie gefühlsmäßig wirksam. Die Entstehung größerer Gruppen, insbesondere auf dem Wege der Unterjochung erschüttert den Gemeinschaftsgeist und bereitet die gemütskalte Staatsorganisation vor. Die ursprüngliche Gemeinschaft zeigt keine Arbeitsteilung, Vollmenschen verrichten alle nötige Arbeit im kleinen Kreis.

Die Arbeitsteilung, auf verschiedenen Grundlagen, auch auf körperlicher Eignung beruhend, löst die alten Verbände, Handwerks- und Stadtwesen entwickelt sich. Berufsgenossen bilden Gruppen, die vielfach religiös und sittlich verknüpft in Gilden und ähnlichen Verbänden alte Gemeinschaft nachahmen, aber bereits zahlreiche vertragsmäßige Bindungen kennen. Das Gildenwesen pflegt das Teilmentschmentum der Gewerbe, wenn auch auf traditioneller Grundlage.

An die Phase des Gildenwesens schließt sich, besonders deutlich in der modernen Entwicklung Mitteleuropas, die Phase des atomisierenden Gesellschaftswesens an. Verträge zwischen Einzelmensch und Einzelmensch sind für diesen Zustand kennzeichnend, ebenso bewusste Pflege der Arbeitsteilung im weitesten Umfang. Der Einzelne wird von Familie und Gilde losgerissen zum Bestandteil einer riesigen Maschine. Teilmenschen – Spezialisten – sind Werkzeuge der Gesellschaft. Umfassende Gestalter und Genießer fehlen. [35]

Bereits in dieser III. Phase bahnt sich die Unterordnung des Einzelnen unter Großorganisationen, wie Kartelle, Trusts usw. an, die aus atomisiertem Gewinnstreben erwachsen, sich allmählich zu Organen des Gemeinwohls umbilden. Das kollektivistische Gesellschaftswesen ist im Werden. Das Glück aller wird oberstes Gesetz. Die traditionalistische Gemeinwirtschaft der I. Phase, welche der Herrenwirtschaft weichen musste, wird in dieser IV. Phase gewissermaßen wieder aufgenommen. Die Gemeinherrschaft einer neuen Zeit bringt Erinnerungen an eine alte Gemeinherrschaft herauf. Wir sahen in Abschnitt 11, dass innerhalb des bewusst gestalteten Wirtschaftsplans, ohne miteinander in Wettbewerb treten zu müssen, Wirtschaftsformen verschiedenster Art, Handwerkergenossenschaften, Sondersiedlungen mit Arbeitsvereinigung, Industrieverbände nebeneinander bestehen können. So wird vielleicht die Intoleranz der freien Verkehrswirtschaft überwunden, die alles zerschlug, was dem Geschehen- und Gewährenlassen, dem Ausdehnungsstreben kapitalistischen Erwerbswillens widerstand. Das Manchestertum, eine durchaus städtische Pflanze, trat meist verächtlich allem Gemeinschafts- und Gildenwesen gegenüber, das freilich seinerseits eine einzige Lebensform für die allein richtige ansah und jede Durchbrechung bekämpfte. Vielleicht wird die wirtschaftliche Toleranz durch kluge Gesellschaftstechniker von vornherein heraufgeführt, vielleicht wird sie auch erst das Ergebnis von Wirtschaftskämpfen sein, die den Religionskämpfen an die Seite zu stellen wären.

Die antike Entwicklung kommt nicht zur vollständigen Entfaltung der freien Verkehrswirtschaft, sie bricht früher zusammen. In der Zeit des Zusammenbruchs entstehen verbandsmäßige Gebilde, z. B. zur Zeit Diokletians, die als Ansätze einer kollektivistischen Phase aufgefasst werden können. Solche Ansätze können wir hier ebenso wenig erörtern wie den Einfluss verschiedener Phasen aufeinander. Nach unserer Hilfskonstruktion rücken die Völker und „Kulturen“ gewissermaßen nacheinander in die Geschichte ein. Als die Phöniker bereits ein Handelsvolk waren, lebten die Griechen in gebundener Agrarwirtschaft dahin, während Rom noch nicht einmal als Staat bestand. Als Griechenland zur Geldwirtschaft gelangt war, kamen Boten aus dem jungen Rom, um sich über Wirtschafts- und Verfassungsfragen Rat zu holen. [36]

19. Außenwirtschaft

Die gemeinherrschaftliche Naturalwirtschaft wurde in die geldliche Verkehrswirtschaft der Herrnherrschaft vorwiegend unter dem Einfluss der Außenwirtschaft umgewandelt. Die Händler sind wesentliche Förderer dieser neuen Wirtschaftsordnung. Handelsfahrten leiten die Weltwirtschaft ein, sie kennen keine innige Verbindung von Volksgenossen durch Beteiligung am Ertrag gemeinsamer Arbeit, sie legen den Kredit nahe, den man dem in die Ferne ziehenden Kaufmann gewährt. Der Händler löst sich zuerst aus der Gruppe los, die früher mit anderen Gruppen Tauschbandel pflegte, als nicht mehr die älteste Form der zwischengrupplichen Wirtschaft, der Raub, herrschend war.

Sobald eine Handelspolitik einsetzt, ist sie protektionistisch. Könige und Städte nützen Märkte und andere Gelegenheiten, um sich und ihren Bürgern Vorteile zu verschaffen, seien es nun billige Waren oder Abgaben. Allmählich wird der internationale Handel ein wichtiger Teil der Staatspolitik, Gesellschaften entstehen, die in fremden Ländern Produktionen durch Kreditgewährung anregen. Der Protektionismus wird in unserer Entwicklung vor allem unter englischem Einfluss vom Freihandel abgelöst, der den Schwächeren für immer zum Knecht des gerade Stärkeren macht, da das Heranwachsen durch die freie Konkurrenz verhindert wird. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts beginnt eine Periode des Zollschatzes, die immer protektionistischer wird. Die Ereignisse des Weltkrieges an der Wende der III. und IV. Periode haben diesen Protektionismus noch gestärkt, der sich zu einem Handelsverkehr von Staat zu Staat, von Großorganisation zu Großorganisation unter staatlicher Kontrolle zu entwickeln scheint. Die Ausfuhr und Einfuhr wird immer häufiger mengenmäßig vorher bestimmt (Kompensationsverkehr). Dieser Zustand kennt aber noch eine Bevorzugung des einen Staates vor dem anderen selbst dann, wenn die Innenwirtschaft streng sozialistisch ist. Er wird wohl erst in einer ferneren Zukunft durch eine handelslose Weltwirtschaft überwunden werden, die eine Art Weltwirtschaftsplan, eine Art Weltlohnsystem kennen wird, wobei wir uns nicht einen Weltstaatssozialismus vorstellen müssen, sondern eher verschiedenartige Gruppen mit erheblicher Selbständigkeit, die nur dem Gesamtplan eingefügt werden müssen. Wir sehen, wie die Tauschwirtschaft [37] zwischen verwaltungswirtschaftlichen Kleingruppen, durch handelsmäßige internationale Verknüpfung von Einzelmenschen ersetzt wird, die über die ganze Welt zerstreut sind, bis eine neue Tauschwirtschaft zwischen verwaltungswirtschaftlichen Staaten auf höherer Stufe die alte Form wiederholt, und schließlich in der IV. Phase der staatenlose Weltsozialismus siegt.

20. Innenwirtschaft

Ähnlich wie auf dem Gebiete der Außenwirtschaft begegnet uns eine solche Wiederkehr alter Formen auf dem Gebiete der Innenwirtschaft, die ja stark von der Außenwirtschaft geführt wird. Am Beginn der Entwicklung steht eine naturale

Verwaltungswirtschaft der Sippen und Familien, die sich dort, wo eine isolierte Staatsgestaltung möglich ist, zu einer meist wenig beachteten Höhe erheben kann. Die Großvorratswirtschaft altägyptischer Könige und Fürsten mit ihrem Verrechnungsapparat, ihren Naturallöhnen und anderen Einrichtungen steht weit über der griechischen Geldwirtschaft des vierten Jahrhunderts. Dieser naturalwirtschaftliche Verrechnungsapparat wurde im geldwirtschaftlichen Hellenismus derart fortgebildet, dass man geradezu von einem Naturalengirosystem für Getreide usw. sprechen kann. Wer in Südägypten Getreide abzuliefern hatte, zahlte es in Oberägypten in den öffentlichen Speicher ein und überließ es dem Staat, die Bestände zu bestimmen, aus denen die Auszahlung erfolgen sollte. Die Geldwirtschaft entsteht daher nicht notwendig infolge der Unzulänglichkeiten aller Naturalwirtschaften, wie viele glauben, sondern vor allem unter dem Einfluss der weltwirtschaftlichen Handelsbeziehungen. Der Handel führte dazu, bestimmte Gegenstände als internationale Tauschmittel und Vorratswaren zu verwenden, unter denen bald die Edelmetalle den Vorzug erhielten. Während nämlich die Nachfrage nach Eisengeräten und Roheisen ein Ende erreichte, wenn der Notbedarf jedes Einzelnen befriedigt war, erwies sich in dieser Frühzeit der Wunsch, Schätze anzulegen, als grundsätzlich unbeschränkt; der Schatzhandel wurde so zur Quelle der Geldwirtschaft. Man trachtete nach jenen Waren, die bei den Reichen und Mächtigen, aber auch bei den Armen immer Absatz fanden. Das hantieren mit diesen internationalen Tauschmitteln, die allmählich zu allgemeinen Zahlungs- und Schätzungsmitteln im Inlande werden, führt eine Entfremdung der Volksgenossen, andererseits eine Verknüpfung fremder, ja feindlicher Menschen herbei. In Ländern mit ursprünglicher Agrarverfassung entwickelt sich vorwiegend die Anteilschaftsverpflichtung. Es erscheint als selbstverständlich, dass der Bauer, dem ein anderer Saatgut oder ein Pferd leiht, einen Teil des Ertrages dem Geber überantwortet; fällt infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse die Ernte ungünstig aus, so teilen beide den Schaden. Die Beschaffenheit der Ernte ist ja landkundig. Anders steht die Sache, wenn ein Kaufmann auf See geht und Waren mitnimmt, um Handel zu treiben. Wer soll den Gewinn kontrollieren? Die Verpflichtung, eine bestimmte Menge abzuzahlen, erscheint ein naheliegender Ausweg. Dazu kommt, dass Kaufmannsgut im Allgemeinen im internationalen Zahlungsmittel abgeschätzt wird. Die Kaufmannsverpflichtungen werden bald zu Edelmetall- und Geldverpflichtungen. Damit hängt zusammen, dass sie allmählich der Brauch herausbildet, alle Schulden als Geldschulden anzusehen. Wer dem anderen Geld leiht, hat das Recht, die Geldsumme und einen festen Zuschlag, den Zins, zurückzufordern, wann es ihm beliebt. Beides ist mit wahrer Volksgemeinschaft unvereinbar. Wir sahen, wie der bäuerlichen Wirtschaft die feste Belastung nicht entspricht, ihr entspricht auch nicht die Verpflichtung, eine feste Geldsumme zurückerstatten zu müssen, die vielleicht dem Hausbau oder anderer Verwertung ähnlicher Art diene. Nur der Kaufmann kann das Geld zurückerstatten, der rasch seine Waren los wird, die er für das geliehene Geld kaufte. Dass der Geldgeber die Rückzahlung der geliehenen Summe und des Zinses für natürlich erachtet, hängt vor

allem auch damit zusammen, dass ja das Geld unverändert fort dauert, wenn er es im Kasten liegen lässt. Die allgemeine Verbreitung des Kredits und Zinses vernichtet in vielen Ländern die Bauern und macht Städter, Händler und Geldgeber zu Herren. In Zeiten des Gildenwesens, ja oft noch später, wird Geldgeschäft und Handel als unnatürlich (Aristoteles) oder unsittlich (katholische Kirche des Mittelalters) empfunden. Die geldliche Verkehrswirtschaft, die nun einsetzt, sprengt bald alle Bande, der freie Wettbewerb macht den Bruder zum Feind des Bruders, Gilden- und Städtewirtschaft wird aufgelöst, der Einzelne ist nun der Herr der Wirtschaft. In der modernen Entwicklung verbindet sich dies atomisierende Gesellschaftswesen, besonders im Maschinenzeitalter, mit dem Unternehmertum. [39] Die Verwaltungswirtschaft großen Stils, das Magazinwesen und vieles andere entwickelt sich auf dem Gebiete des Militärwesens weiter, von wo es später immer mehr auf die Gesamtwirtschaft zurückwirkt. Allmählich – bei uns am Ende des neunzehnten Jahrhunderts – schafft das Unternehmertum sich neue Verbände, Kartelle und Trusts, die Kommunalpolitik nimmt in großem Stil zu. Diese Großorganisationen leiten zur sozialistischen Wirtschaft hinüber. Zunächst bleibt das Geld als Rechnungseinheit erhalten, um später einmal zu verschwinden und dem Wirtschaftsplan Platz zu machen. Das Geld wird entthront, die naturale Verwaltungswirtschaft tritt die Herrschaft an, die zunächst auf Staaten beschränkt, später die Weltwirtschaft beherrscht (Phase IV Ende). Die Auflösung der Sippen, der Gilden und die Isolierung des Einzelnen dürfte im neunzehnten Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht haben, jetzt wird der Einzelne immer mehr neuen Verbänden eingefügt, die sein Schicksal bestimmen. Großorganisationen, aber auch neue Kleinorganisationen helfen das Dasein gestalten. Das Wiederauftreten der naturalen Verwaltungswirtschaft bedeutet aber nicht die Wiederkehr beengender traditioneller Verwaltungen, im Gegenteil, wir sehen, wie die bewusste Gestaltung des Maschinenwesens durch bewusste Gestaltung der Betriebe, ja der ganzen Lebensordnung ergänzt wird. Die Gesellschaftstechnik ist das Ergebnis dieser Entwicklung. Welches die weiteren Schicksale sein mögen, können uns nur Betrachtungen noch umfassenderer Art ahnen lassen.

21. Stufen der Sozialisierung

In Riesenschritten haben wir die Phasen der Wirtschaftsentwicklung durchmessen, die wir schematisierten, um Zusammenhänge zu erkennen. Die Entstehung einer naturalen Weltverwaltungswirtschaft hat freilich keine Analogien, weil die Erde nur einmal vorhanden ist. Überhaupt bringt die Gestaltung der Erdoberfläche viele Einmaligkeiten mit sich, die wir hier nicht weiter erörtern wollen.

Die Sozialisierung wird verschiedene Stufen durchlaufen; wie lange in Deutschland die Periode der „Vorsozialisierung“ dauern wird, wie eine Übergangsstufe nicht schlecht bezeichnet wurde, ist noch nicht klar, manches spricht dafür, dass wir schnell zum Sozialismus übergehen, wenn auch hoffentlich nicht, wie in Russland, durch Zerstörung der überkommenen Organisationen. [40]

Der Wirtschaftsplan, die Verteilung des Lebensminimums unter Kontrolle des ganzen Volkes dürften rasch geschaffen werden, hingegen dürften die Unternehmer als eine Art erblicher Betriebsleiter sich noch längere Zeit erhalten. Da wir das Wesen der Vollsozialisierung in der Vollplanmäßigkeit und sozialistischen Verteilung erblicken, ist dieser Umstand nicht sonderlich bedenklich.

Zunächst wird wohl die überlieferte Organisation vom Volke übernommen und unser durch diese Ordnung mitgeformtes Seelenleben sozialistischen Zielen dienstbar gemacht, ohne gleich umgestaltet zu werden. Vielleicht wird einst nicht die Aussicht auf Prämien, sondern die Freude am Wert die Arbeitenden anspornen, Lohn und Strafe durch Gemeinsinn, öffentliche Billigung und Missbilligung ersetzt werden.

Die oft vertretene Anschauung, dass der Sozialismus die überkommene Tendenz zum Großbetrieb in gesteigertem Maße pflegen werde, wollen wir uns nicht zu eigen machen. Wir sehen ja heute schon allenthalben den Widerstand gegen das großstädtische Leben, gegen das entseelende Getriebe der Fabriken anwachsen. Das Dasein während der Arbeit wird ebenso als Bestandteil der Lebenslage empfunden, wie das erzeugte Produkt, das man verbraucht. Die Sehnsucht nach Siedelungen kleinerer Gruppen, nach Vereinigung von landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit, wie sie schon das kommunistische Manifest fordert, ist bereits als charakteristische Zeiterscheinung zu bezeichnen.

Die übernächste Zukunft wird wohl nicht durch die Herrschaft des Leviathan Weltorganisation gekennzeichnet sein, sondern vielmehr durch das belebende Wirken kleinerer Gruppen und Verbände, die nur in einer höheren Einheit zusammengeschlossen sind, welche aber ausgleichend, nicht despotisch sein dürfte.

Die Arbeits- und Berufsforschung wird den Arbeitenden befreien, nicht wie bisher knechten, sie wird feststellen, welche Lebensformen den verschiedenen Menschentypen am meisten entsprechen.

22. Wirtschaftliche Toleranz

Der Gedanke, dass die gleichmacherische Gewalt der freien Verkehrswirtschaft gebrochen werden muss, erfüllt heute viele, die einer neuen Kultur vorarbeiten. Die Sozialisierung wird nur dann wirklich dauerhaft sein, wenn sie die Mannigfaltigkeit der Menschen würdigt und nicht neue Unterjochung schafft. [41]

Der so oft geäußerte Gedanke der Weltrevolution hat einen tyrannischen Zug. Auch eine sozialistische Tyranis würde bald gebrochen werden. Sollen wirklich China, Indien, Zentralafrika einen und denselben Sozialismus erhalten? Jede vergleichende Betrachtung der verschiedenen Lebensordnungen lehrt uns, dass das Streben, die Wirtschaftsordnung in allen Kulturkreisen nach einem Muster zu formen, die freie Verkehrswirtschaft so verhasst machte.

Wenn Sozialisierung Befreiung bedeuten soll, dann muss sie mit Toleranz gepaart sein, sie muss dann grundsätzlich den verschiedenen Kulturkreisen gerecht werden und jeden in seiner Art dem Wirtschaftsplan und der Verwaltungswirtschaft einfügen. Ein solches Weltprogramm des Sozialismus fehlt heute noch. Die Deutschen, die Russen glauben, ihr Sozialismus sei der alleinseligmachende. Soll uns nicht durch vorbauende Gesellschaftstechnik ein dreißigjähriger Wirtschaftskrieg erspart werden können, der ja doch mit der Toleranz endigt?

Der heutige Sozialismus weist viele intolerante Züge auf, die seinen Sieg im Innern erschweren. Es fragt sich, ob nicht schon die friedسامen gemeinwirtschaftlichen Bewegungen miteinander vereinigt werden könnten. Wenn wir oben Gemeinschaftswesen, Gildenwesen, Gesellschaftswesen als charakteristisch für aufeinander folgende Perioden bezeichneten, so dürfen wir doch nicht übersehen, dass sie auch gleichzeitig nebeneinander bestehen und jede von ihnen einem anderen Menschentypus Befriedigung gewährt. Wenn heute der auf das Großbetriebswesen gerichtete Sozialismus die Alleinherrschaft antreten will, so stößt er auf den Widerstand der Genossenschaftsbewegung und den der Gemeinschaftsbewegung, welche in Siedlungen Landwirtschaft und Industrie heute schon vereinigen will. Ihre Anhänger dürfen nicht mit jenen „Kommunisten“ verwechselt werden, die radikale Sozialisten, wie die „Bolschewisten“, sind.

Es ist gesellschaftstechnisch aussichtsreich und dem kommenden Geist der wirtschaftlichen Toleranz entsprechend, eine Vereinigung von Gesellschaftswesen (Sozialismus), Genossenschafts- und Gildenwesen (Solidarismus) und neuem Gemeinschaftswesen (Siedlungsbewegung) anzustreben, soweit diese drei Bewegungen friedsam sind. Es besteht die Möglichkeit, Gesellschaftswesen, Gildenwesen, Gemeinschaftswesen durch einen Wirtschaftsplan in einer Verwaltungswirtschaft zu vereinigen, die selbst Gesellschaftswesen [42]

sein muss, da nur durch bewusste, vertragsmäßige, autoritäre Organisation sich eine solche Vereinigung herstellen lässt, deren Bestandteile anderer Art sein können!

Diese friedsam Bestrebungen (vgl. Tafel VII Anhang) treten den gewaltsamen gegenüber, von denen die sogenannte „bolschewistische“ heute am meisten erörtert wird. Wir wollen einer verbreiteten Auffassung entsprechend unter Bolschewismus jene Form des [43] Sozialismus verstehen, die unter Betonung des Großbetriebs grundsätzlich gewaltsame Umwälzung anstrebt und dabei überkommene Organisationen nicht zu verwerten, sondern auszuschalten, ebenso die bisherigen Funktionäre zu beseitigen trachtet. Der Klassenkampf, den übrigens auch die deutsche Sozialdemokratie erheblich pflegt, wird dadurch oft besonders geschürt, und eine große Zahl von „Nichtkapitalisten“, Beamte, Ärzte, Techniker usw., die gerne den Übergang zum Sozialismus fänden, ihm innerlich entfremdet.

23. Gefühlsmäßige Deutung

Was bringt das alles unserem Herzen? Freude oder Leid? Das hängt davon ab, was wir als Glück ersehnen, und daher durch die Ereignisse erfüllt oder unerfüllt sehn, das hängt davon ab, was wir als wesentlich, was als unwesentlich betrachten. Die einen werden von einem „Rückfall“ in „primitive“ Zeiten sprechen, wenn sie von der kommenden naturalen Verwaltungswirtschaft hören, ihnen bedeutet dies ein Kindischwerden unserer greisenden Kultur.

Andere wieder werden ungeduldig den Augenblick ersehnen, der die Mannigfaltigkeit der neuen Lebensordnung, den neuen Vollmenschen bringt. Sie sehen vor sich das wieder gefundene Paradies, in das, wenn nicht sie selbst, doch ihre Nachkommen singend und jubelnd einziehen werden, erlöst vom „kapitalistischen Sündenfall“, der durch einige Jahrtausende die Menschen in seinen Bann schlug; sie erblicken im Handel und Geldwesen eine Krankheit, deren Heilung nun beginne.

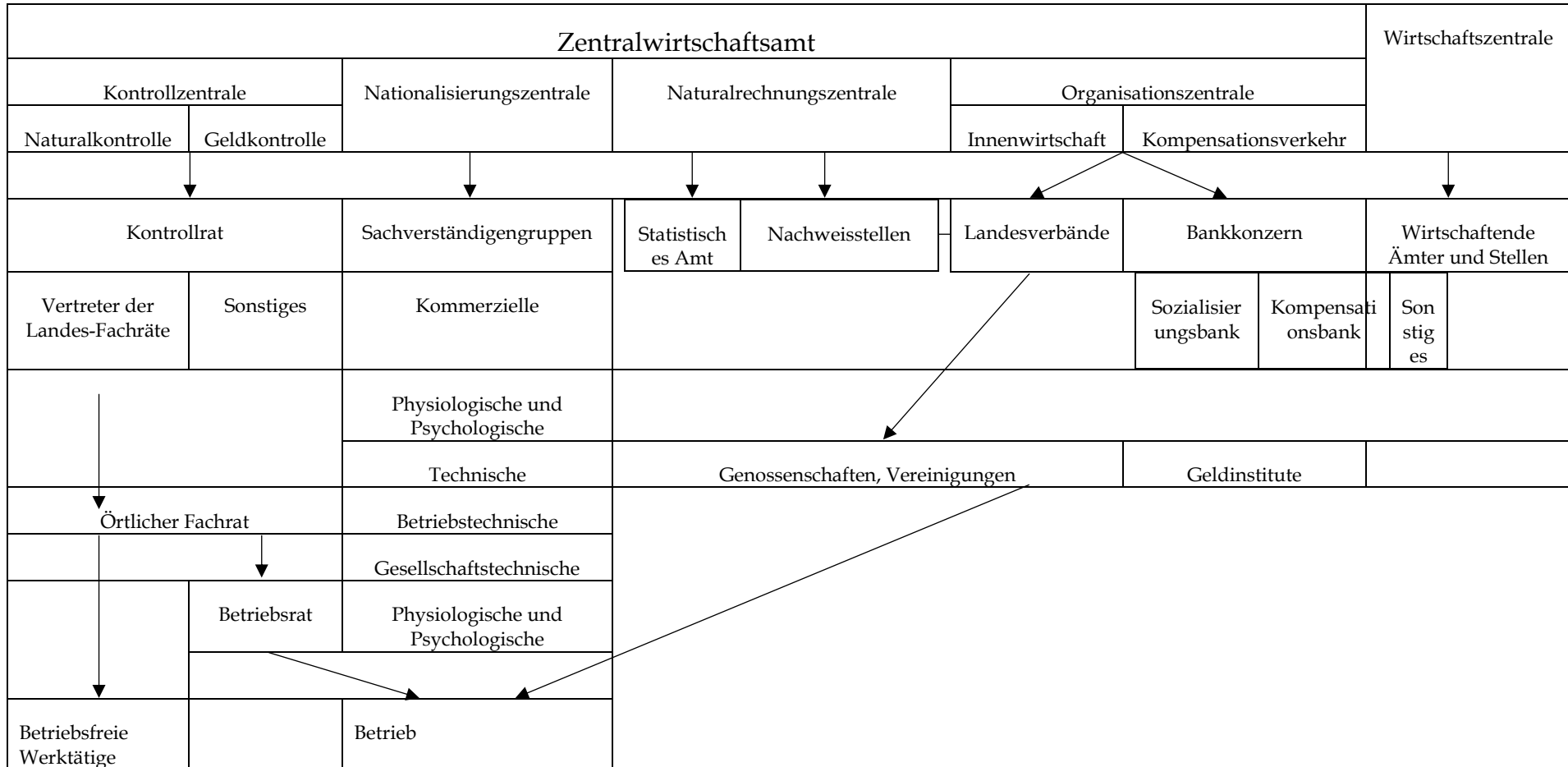
Mancher forscht vielleicht nach der Quelle dieser leidvollen Entwicklung und stellt die Frage, ob uns dies alles nicht erspart geblieben wäre, wenn statt der Einzelhändler, die von Volk zu Volk ziehend das vereinzelt Gesellschafswesen schufen, planmäßig wirtschaftende Staaten miteinander in Verbindung getreten wären, ob nicht diese vereinzelt Entwicklung der zufälligen Oberflächengestaltung der Erde ihren Ursprung verdankt, welche durch die inselhaft entstehenden Kulturen breiter staatlicher Berührung entgegenwirkte. Andere mögen dann zu zeigen versuchen, dass diese Inselhaftigkeit allein die Entfaltung des Menschentums, wenn auch unter diesen notwendigen Leiden ermöglichte. [44]

Wer fern von Luft und Leid dem geschichtlichen Orchester lauscht, das mit Gemeinschaft anhebend als Gegenspiel die Gesellschaft bringt, um in einer höheren Einheit beides zu vereinigen, mag diesen Rhythmus bewundern.

Damit sind wir in Sphären angelangt, die weit über das wissenschaftlich erforschbare hinausgehen, durch die aber die Wissenschaft wohl nicht minder beeinflusst wird als die Sphäre der Einzelerfahrung, die ja selbst von allgemeinsten Ideen und Gefühlen getragen wird.

All dieser Einflüsse sich bewusst sein, ist Pflicht jedes Gesellschaftstechnikers, der ohne Liebe und Hass die durchführbaren Möglichkeiten zu erkennen trachtet, von denen *eine* der Wollende verwirklichen mag. [45]

Tafel I



Tafel II

Rohstoff A (Deutschland)									
Form des Vorkommens. Der Rohstoff enthalten in:	Laufende Nr.	Mengen							
		Vorrat Ende 1918	Eingang			Ausgang			Vorrat Ende 1919
			Einfuhr	Verwandlung		Ausfuhr	Verwandlung		
				aus	Menge		in	Menge	
Rohstoffquelle	0	x	-	-		-	1	400	X - 400
Urprodukt	1	400	200	0	400	300	2	300	400
Halbfabrikat	2	200	300	1	300	100	3	200	600
				5	200		5	100	
Lagerndes Fertigfabrikat	3	300	200	2	200	200	4	200	100
							5	200	
Benütztes Fertigfabrikat	4	500	-	3	200	-	5	100	600
Abfälle	5	300	-	2	100	-	2	200	500
				3	200				
				4	100				
Unbestimmter Rest	6	400	-	-	-	-	-	-	400
Summe		X + 2100	700		1700	600		1700	X + 2200

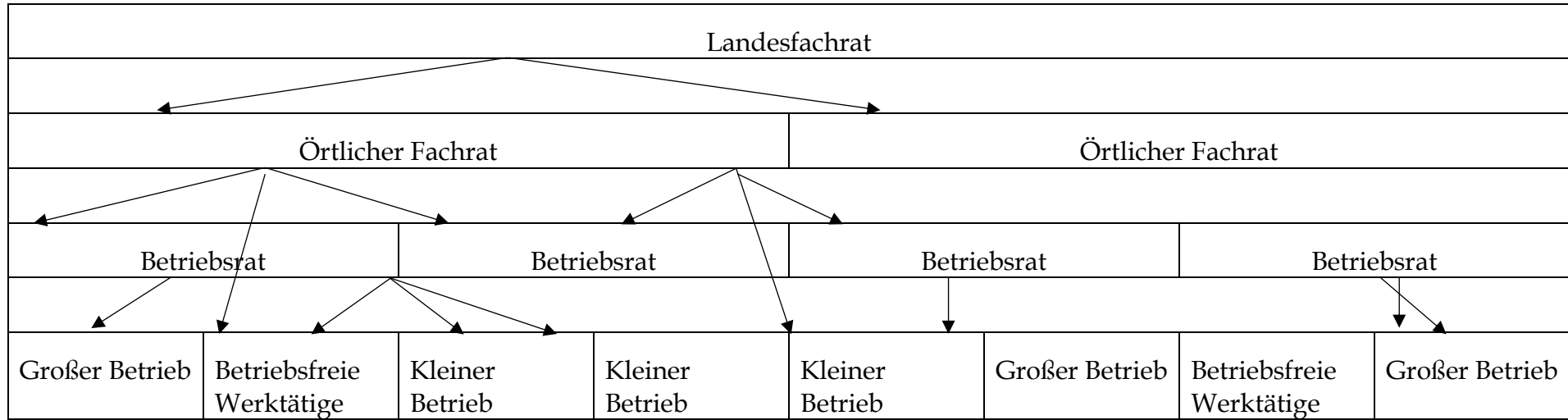
Tafel III

Deutsche Landwirtschaft					
Eingang	Menge	aus	Ausgang	Menge	an
Kalidünger usw.	a	Kalibergbau	Milch	d	Verbrauch
Maschinen	b	Industrie		e	Industrie
	c	Einfuhr	Fleisch	f	Verbrauch
	usw.	usw.	usw.	g	Industrie
				h	Ausfuhr
				usw.	usw.

Tafel IV

Lebenslagenverteilung							
Elemente	Typus						
	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.
Wohnung Nahrung Kleidung Bildung Vergnügungen Arbeitszeit Sterblichkeit Erkrankungshäufigkeit usw.	Charakterisierung möglichst zahlenmäßig						
Anzahl der auf den Typus entfallenden Personen							

Tafel V



Tafel VI

Phasen:	I.	II.	III.	IV.			
Lebensform	Zeitalter des Gemeinwesens	Zeitalter des Geldwesens	Zeitalter des atomisierenden Gesellschaftswesens	Zeitalter des kollektivistischen Gesellschaftswesens			
	Gemeinherrschaft	Herrenwirtschaft		Gemeinherrschaft			
	Gemeinherrschaft	Herrenwirtschaft		Gemeinherrschaft			
	wirtschaftliche Intoleranz						
	traditionalistisches Vollmenschentum	traditionalistisches Teilmenschentum	Rationalistisches Teilmenschentum		rationalistisches Vollmenschentum		
	Macht der Kleinorganisation	Abbau der Kleinorganisation		Macht der Großorganisation			
Außenwirtschaft	Krieg und Raub zwischen Kleingruppen	Tauschhandel zwischen Kleingruppen	Beginnende Weltwirtschaft	Ausgestaltung der Weltwirtschaft		Planmäßige handellose Weltnaturalwirtschaft	
			Einzelhändler als Träger der Weltwirtschaft, Entstehung der Geld- und Kreditordnung	Zollsysteme, internationale Finanzierungen			Tauschhandel zwischen Großgruppen (Kompensationsverkehr)
			Protektionismus	Freihandel	Protektionismus		
Innenwirtschaft	naturale Verwaltungswirtschaft	Geldliche Verkehrswirtschaft			Naturale Verwaltungswirtschaft		
	Umfasst vorwiegend traditionalistische Kleingruppen; stellenweise Großnaturalwirtschaft (höchste Stufe: naturales Kredit- und Girowesen auch in späteren Phasen)	In mittleren Gruppen (Städte, Gilden) Verwaltungswirtschaft	Schwinden der Verwaltungswirtschaft	In mittleren Gruppen (Städte, Kartelle) Verwaltungswirtschaft	Großnaturalwirtschaft mit Geldrechnung, mit Wirtschaftsplan		Großnaturalwirtschaft mit Geldrechnung, ohne Wirtschaftsplan
			Wachsen der militärischen Verwaltungswirtschaft				
		Loslösung der Einzelnen aus Klassen, Eingliederung in umfassendere Vereinigungen					
		Entwicklung der Maschinen- und Handwerkstechnik		Arbeits- und Betriebsbeginnende Gesellschaftstechnik		Herrschaft der Gesellschaftstechnik	

Tafel VII

Tagesformen der gemeinwirtschaftlichen Bewegung.

Bezeichnung		Gesellschaftswesen	Gildenwesen	Gemeinschaftswesen		
Charakterisierender Autor		Marx	Vogelsang	Krapotkin		
Typische Formen	Landwirtschaft	Maschiner Großbetrieb	Bauerngenossenschaft	Arbeitsvereinigende Siedlung		
	Gewerbe	Fabrik				
Ordnung	Gesellschaftsordnung			Gemeinschaftsordnung		
Geist	Gesellschaftsgeist		Gemeinschaftsgeist			
Mittel	ausschaltend	ausgestaltend		ausschaltend		
Weg	gewaltsam		friedsam		gewaltsam	
Übliche Benennung	Bolschewismus	Sozialdemokratie		Gemeinschaftsbewegung		
		gewaltsame	friedsame	Genossenschaftsbewegung	Siedlungsbewegung	gewaltsame
		Sozialisierungsprogramm: begründet auf Toleranz				

Literaturübersicht

Neurath, Wilh., „Gemeinverständliche nationalökonomische Vorträge“ (Vieweg, Braunschweig 1902)

Rathenau, W., „Die neue Wirtschaft“ (S. Fischer, Berlin 1918)

- „Der neue Staat“ (S. Fischer, Berlin 1918)

Ballod-Atlanticus, C., „Der Zukunftsstaat“ (Dietz, Stuttgart, 2. Aufl. 1919)

Popper-Lynkeus, „Die allgemeine Nährpflicht“ (Reißner, Dresden 1912)

Menger, A., „Neue Staatslehre“ (G. Fischer, Jena, 3. Aufl. 1906)

Bauer, Otto, „Der Weg zum Sozialismus“ (Brandt, Wien 1919)

Neurath, Otto, „Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft“ (Georg D. W. Callwey, München 1919)

- „Wesen und Weg der Sozialisierung“ (Georg D. W. Callwey. 7. Aufl. München 1919)

- „Die Sozialisierung Sachsens“ (Arbeiter- und Soldatenrat Chemnitz 1919).

- u. Schumann, Wolfgang, „Können wir heute sozialisieren?“ (W. Klinkhardt, Leipzig 1919)

R. Wissel u. W.v. Moellendorff, „Wirtschaftliche Selbstverwaltung“ (Eugen Diederichs, Jena 1919)

Marx, Karl, „Kapital“

Marx, Karl, Engels, Friedrich, „Kommunistisches Manifest“

Erfurter Programm

Kropotkin, „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk“ (Renaissance-Verlag Berlin-Grünwald)

Tönnies, „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (Reisland)

[46]

Gedruckt bei Oscar Brandstetter in Leipzig

Deutsche Gemeinwirtschaft

Schriftenreihe. Herausgegeben von Erich Schairer

Heft 7: Theodor v. Pistorius, Steuer oder Ertragsanteil. br.M 1.80

Der ehemalige württembergische Finanzminister v. Pistorius räumt mit eingewurzeltten Oberflächlichkeiten in der Beurteilung der Steuergattungen auf und vertritt den Standpunkt einer umfassenden Beteiligung des Staats am Wirtschaftsleben, einer Besteuerung der Gütererzeugung an den Quellen, noch ehe die Verteilung die Teilnahme am wirtschaftlichen Kreislauf begonnen hat.

Heft 8: Fritz Naphtali, Kapitalkontrolle. br.M 1.50

Der junge Nationalökonom Fritz Naphtali wirkt am Handelsteil der Vossischen Zeitung und ist schon während seiner früheren Tätigkeit als Handelsredakteur der „Berliner Morgenpost“ durch seine aus gemeinwirtschaftlichem Denken entsprossenen Arbeiten und Artikel hervorzuheben. Die Schrift versucht, unsere Bank- und Geldpolitik auf einen neuen Boden zu stellen, indem ihr die Kontrolle der Kapitalinvestierung als gemeinwirtschaftliche Hauptaufgabe zugewiesen wird.

Heft 9: Der Aufbau der Gemeinwirtschaft. Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. Mai 1919. br.M 2.20

Heft 10: Rudolf Wissell und Widard von Moellendorff, Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Zwei Kundgebungen des Reichswirtschaftsministeriums, br.M 1.50

Das erste dieser Hefte bringt den vollständigen, authentischen Text der vielgenannten, zunächst nur durch Indiskretion teilweise bekannt gewordenen Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums und das leidenschaftlich umstrittene Programm einer Planwirtschaft. Das zweite Heft ist die notwendige Ergänzung dazu, da hier die beiden Urheber der Denkschrift, der Reichswirtschaftsminister Wissell und sein Unterstaatssekretär v. Möllendorff, ihre Gedanken im einzelnen darlegen und begründen. Mag die Entwicklung verlaufen wie sie will, so bedeutet jedenfalls diese Denkschrift das wichtigste Dokument unserer inneren Politik seit der Revolution, und im Gegensatz oder im Anschluss an sie wird sich jede weitere Sozialpolitik zu orientieren haben.

Heft 11: Being Potthoff, was heißt Volkswirtschaft. br.M 1.50

Heft 12: Erich Schairer, Sozialisierung der Presse. br. 1.50

Heft 13: Theodor Oelenheinz, Abschaffung des Erbrechts. Ein Gesetzentwurf. br, etwa M 1.50

Heft 14: Wolfgang Schumann, Lebensordnung und geistige Kultur, br, etwa M 1.50

Heft 16: Walther Rathenau, Autonome Wirtschaft. br. etwa M 1.50

Eugen Diederichs Verlag in Jena

Robert Wilbrandt
Sozialismus

br. M 15.-, geb. M 20.

Inhalt:

Erster Teil: Die Wurzeln des Sozialismus: I. Die Lage des Proletariats. 1. Die soziale Frage. 2. Die Grenzen der sozialen Reform. II. Die Unwirtschaftlichkeit in Volks- und Weltwirtschaft. 1. Die Volkswirtschaft. 2. Die Weltwirtschaft.

Zweiter Teil: Aufkeimende Praxis: 1. Freie Gemeinwirtschaft. 3. Der Sozialismus der Konsumenten. 2. Der Sozialismus der Produzenten. II. Zwangsgemeinwirtschaft, 1. Ansage zum Sozialismus von oben. 2. Kommunal- und Staatssozialismus.

Dritter Teil: Sozialisierung: 1. Der Aufbau der Gemeinwirtschaft. I. Was ist Sozialisierung? 2. Unsere heutige Not. II. Die dringendsten Erfordernisse: Kohle und Brot. 1. Sozialisierung des Kohlenbergbaus. 2. Sozialisierung der Landwirtschaft.

Schussworte: 1. Die Vorbedingung der Tat. 2. Die Vorbedingung des Gelingens.

Heidelberger Neueste Nachrichten: Noch unter den starken Eindrücken geschrieben, die der Verfasser in rastloser eigener Mitarbeit an der Rettung des Reiches und der Wirtschaft aus der verzweifelten Lage des Revolutionswinters empfangen hatte, ist dieses Buch des Tübinger Nationalökonom und Mitgliedes der ehemaligen Sozialisierungskommission Prof. Dr. Robert Wilbrandt eine einzigartige Erscheinung in der politischen Literatur der Zeit. Klare und besonnene Kritik und scharfes Erfassen der Wurzeln innerpolitischer Nöte vereinigen sich hier mit praktischen Vorschlägen zu aufbauender Organisation sozialistischer Wirtschaft. Leidenschaftliche Liebe zum Deutschen Vaterlande steht in der Verwirklichung der als notwendig erwiesenen Wirtschaftsform des Sozialismus den Weg zu einer neuen und tieferen Einheit des Volkes. Sozialismus und Vaterlandsliebe, nicht mehr Gegensätze, sondern sich wechselseitig bedingend. Im ersten Teile des Buches werden an Hand zahlreichen Tatsachenmaterials die Wurzeln des Sozialismus in der sozialen Lage des Proletariats und der Planlosigkeit der Volks- und Weltwirtschaft während der Herrschaft der freien Konkurrenz aufgezeigt. Der zweite Teil des Buches behandelt in zahlreichen lebendig geschilderten Beispielen vorrevolutionäre Anfänge sozialistischer Praxis in freier und Zwangswirtschaft. Von dem Grundgedanken ausgehend, dass Sozialisierung nicht Verstaatlichung ist, wird in dem dritten und umfangreichsten Teile des Buches „Sozialisierung“ der Aufbau der sozialistischen Gemeinwirtschaft behandelt.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig